Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40276 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248
Fax: 0211 / 7778-250
E-Mail: tarifarchiv@wsi.de
www.tarifvertrag.de
ISSN 1861-1842

Tarifpolitischer Jahresbericht 2009:

Tarifverdienste trotz Krise mit kräftigem Plus - Effektivverdienste erneut im Minus

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1 Das Tarifjahr 2009 im Überblick 1

2 Tarifentwicklung 6
- **2.1 Lohn- und Gehalt 6**
- **2.2 Arbeitszeit 9**
- **2.3 Tarifbindung und tariflose Zustände 10**

3 Effektivverdienstentwicklung 11
- **3.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 11**
- **3.2 Abstriche bei betrieblichen Entgelten 12**

4 Ausgewählte Tarifrunden 14
- **4.1 Öffentlicher Dienst - Länder 14**
- **4.2 Eisen- und Stahlindustrie 16**
- **4.3 Bauhauptgewerbe 17**
- **4.4 Einzelhandel 18**
- **4.5 Sozial- und Erziehungsdienst 19**
- **4.6 Gebäudereinigerhandwerk 23**

5 Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz 25

6 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2010 26

Anhang: Grafiken und Tabellen 29

Düsseldorf, Januar 2010

Weitere Tarifinfos im Internet:
www.tarifrunde-2010.de
www.tarifvertrag.de
www.lohnspiegel.de

Hans Böckler Stiftung

A b k ü r z u n g s v e r z e i c h n i s

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag
ERTV	=	Entgeltrahmentarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Gewerkschaften

IG BAU	=	IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	=	IG Bergbau, Chemie, Energie
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
GdP	=	Gew. der Polizei
TRANSNET	=	TRANSNET Gewerkschaft GdED
ver.di	=	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Zusammenschluss der Gewerkschaften: Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV) IG Medien (IG Med.) Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Für Tarifbestimmungen

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeiter
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvergütung
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BV	=	Betriebsvereinbarung
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsbestimmunge
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt, Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL.	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktag
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

1 Das Tarifjahr 2009 im Überblick

Im Tarifjahr 2009 erzielten die Gewerkschaften lohnpolitisch bemerkenswerte Erfolge. Die Tarifabschlüsse lagen mit Steigerungsraten zwischen zwei und vier Prozent weit über dem sehr niedrigen Anstieg der Verbraucherpreise von nur 0,4 %. Die **tariflichen Löhne und Gehälter** sind damit im Durchschnitt **real kräftig gestiegen** und das inmitten der seit Jahrzehnten schärfsten Wirtschaftskrise in Deutschland und weltweit. Diese paradoxe Entwicklung hat verschiedene Ursachen: Zunächst lieferte der Abschluss für die Metall- und Elektroindustrie vom November 2008, der gewissermaßen in letzter Sekunde vor dem tiefen Absturz in diesem Wirtschaftsbereich erzielt werden konnte, mit einer Tariferhöhung von insgesamt 4,2 % eine positive Vorlage für die nachfolgenden Tarifrunden. Im öffentlichen Dienst, der naturgemäß von der Krise zunächst nicht direkt erfasst wurde, orientierte sich der Abschluss für die Länder Anfang März an dem ebenfalls positiven Ergebnis für den Bereich von Bund und Gemeinden aus dem Vorjahr. In der Folge konnten auch in anderen Branchen akzeptable Abschlüsse erzielt werden. Der Wert der Abschlüsse stieg in dem Maße, wie die Verbraucherpreise krisenbedingt stark zurückgingen und im Jahresverlauf sogar vorübergehend die Nulllinie unterschritten. Schließlich wirkten auch die länger laufenden Verträge aus dem Vorjahr mit kräftigen Stufenanhebungen für 2009 stabilisierend auf die Tarifentwicklung. Allerdings blieb die Tarifentwicklung von den Krisenfolgen nicht unberührt. So wurden in einer Reihe von Branchen Nullmonate und Pauschalzahlungen vereinbart, denen dann bescheidene Tarifanhebungen folgten. Im zweiten Halbjahr fielen die Abschlüsse insgesamt deutlich niedriger aus. Außerdem drängten die Arbeitgeberverbände vielfach mit Erfolg auf Krisenklauseln, die die betriebliche Umsetzung der Tarifergebnisse unter Vorbehalt stellten.

Während also die Tarifentwicklung unter dem Strich eine positive Bilanz aufweist, sieht dies bei den **Effektiveinkommen** völlig anders aus. Die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter **sanken 2009** gegenüber dem Vorjahr. Zum sechsten Mal in Folge mussten die Beschäftigten eine Realeinkommenssenkung verzeichnen. Dies ist vor allem eine Folge des krisenbedingten Arbeitsausfalls, der von den Betrieben in erheblichem Umfang durch den Abbau von Arbeitszeitkonten und durch Kurzarbeit aufgefangen wurde. Zwar konnte dadurch der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit in überraschend engen Grenzen gehalten werden, aber die so in Beschäftigung gehaltenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erlitten entsprechende Einkommenseinbußen. Auf betrieblicher Ebene dominierten insbesondere in den krisenbetroffenen Industriebranchen die Bemühungen um Beschäftigungssicherung. Während die prekären Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Beschäftigung) zumeist rasch abgebaut wurden, setzten Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen alles daran betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. „Keine Entlassungen in der Krise!“ lautete eine zentrale Parole der IG Metall (IG Metall 2009).

Besondere Aufmerksamkeit fand der Tarifkonflikt im Sozial- und Erziehungsdienst, in dem erst nach langwierigen Verhandlungen und einem mehrwöchigen Arbeitskampf eine neue, verbesserte Eingruppierungsstruktur vereinbart wurde (vgl. Punkt 4.5). Ein Arbeitskampf fand auch im Gebäudereinigerhandwerk statt, der schließlich zu einer überdurchschnittlichen Tarifanhebung in dieser Branche führte (vgl. Punkt 4.6).

Das politische Klima sowohl zwischen Tarifparteien als auch zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien blieb im Jahr 2009 insgesamt relativ entspannt. Die alte schwarz-rote Bundesregierung hatte früh auf eine offensive Politik der Beschäftigungssicherung (vor allem durch stark verlängerte Kurzarbeitsfristen) gesetzt, ihre schwarz-gelbe Nachfolgerin hielt daran zunächst fest. Auch bei der Rettung existenzbedrohter Unternehmen zeigte sich die Politik grundsätzlich kooperationsbereit, auch wenn es – wie das Beispiel Opel zeigt – Konflikte um die konkrete Ausgestaltung gab. Konfliktbeladen blieb auch das Thema „Mindestlohn“, denn die alte und die neue Bundesregierung verweigerten sich der Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes und auch bei der Festlegung branchenbezogener Mindestlöhne wurden nur drei Branchen neu ins Entsendegesetz aufgenommen (vgl. Punkt 5).

Die Arbeitgeber zeigten sich mit der Tarifpolitik insgesamt sehr zufrieden. BDA-Präsident Dieter Hundt stellte auf dem Arbeitgebertag im November 2009 fest, die Tarifabschlüsse dieses Jahres seien „angemessen, beschäftigungsorientiert, differenziert und flexibel gewesen“ (Hundt 2009).

Forderungen und Abschlüsse

Auffällig war in der Tarifrunde 2009, dass die dramatische Krisenentwicklung zunächst kaum Spuren bei den gewerkschaftlichen Tarifforderungen hinterließ. Sie bewegten sich überwiegend auf hohem, teils sogar sehr hohem Niveau. Maßgebliche Begründung für die Tarifforderungen waren neben den Verteilungsansprüchen der Beschäftigten auch die gesamtwirtschaftlich notwendige Stabilisierung der Binnennachfrage, um einen Ausgleich für die wegbrechende Exportnachfrage zu schaffen. Hinzu kamen tarifbereichsspezifische Rahmenbedingungen: Im öffentlichen Dienst forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die Beschäftigten der Länder eine Tarifanhebung von 8 % mindestens jedoch 200 € und orientierte sich damit exakt an der Vorjahresforderung für den Bereich Bund und Gemeinden. Bei der Deutschen Telekom (8,5 % mindestens 220 €) und der Deutschen Bahn (10 %) argumentierten die Gewerkschaften mit den (bis dahin noch) guten Unternehmensbilanzen. Im Handel beliefen sich die Forderungen zwischen 6,5 % (Einzelhandel) und 8 % (Großhandel). In den übrigen Bereichen bewegten sich die Forderungen überwiegend zwischen 5 und 6 %. In verschiedenen Branchen zielten die Gewerkschaften mit Sockelbeträgen auf eine stärkere Tarifanhebung für die unteren Einkommensgruppen (siehe nachstehende Übersicht).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Länder) Ende Dezember 2008 als erste aus, zeitgleich auch in einigen Energiebereichen (RWE, Vattenfall) sowie bei der Deutschen Telekom. Ende Januar 2009 folgte die Deutsche Bahn, Ende Februar die Textil- und Bekleidungsindustrie (West) und Ende März das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie und die Eisen- und Stahlindustrie. Die verschiedenen regionalen Tarifbereiche des Einzelhandels sowie des Großhandels standen ebenfalls Ende März bzw. Ende April zu Verhandlungen an. Noch nicht beendet waren zu Beginn der Tarifrunde 2009 die Verhandlungen im Bankgewerbe, die im Oktober 2008 angesichts der Finanzkrise unterbrochen worden waren.

Tarifforderungen in der Tarifrunde 2009 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bauhauptgewerbe	IG BAU	**6 %**
Deutsche Bahn AG	Transnet	**10 %**
Deutsche Telekom AG	ver.di	**8,5 %**, mind. 220 €
Druckindustrie	ver.di	**5 %**
Eisen- und Stahlindustrie	IG Metall	**4,5 %**
Elektrohandwerk NRW	IG Metall	**5,5 %**
Einzelhandel NRW	ver.di	**6,5 %**, mind. 135 €
Energiewirtschaft Tarifgruppe RWE	IG BCE/ver.di	**8 %**
Gebäudereinigerhandwerk	IG BAU	**8,7 %**
Groß- und Außenhandel NRW	ver.di	**8 %**, mind. 175 €
Holz- und Kunststoffindustrie	IG Metall	**5,5 %**
Maler- und Lackiererhandwerk	IG BAU	**7,2 %**
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	**5 - 7 %**
Öffentlicher Dienst (Länder)	ver.di	**8 %**, mind. 200 €
Textil- und Bekleidungsindustrie West	IG Metall	**5,5 %**
Textilreinigungsgewerbe	IG Metall	**5,5 %**

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Eine wichtige Vorgabe für die Tarifrunde 2009 bildete – wie erwähnt – der Abschluss für die **Metallindustrie**. Im November 2008 hatten sich die Tarifparteien auf einen 18-monatigen Tarifabschluss geeinigt, der neben einer Pauschalzahlung von 510 € für die ersten drei Monate eine Tariferhöhung in zwei Stufen um jeweils 2,1 % im Februar und Mai 2009 sowie eine weitere Sonderzahlung von 122 € im September 2009 vorsah.

Ebenfalls bereits im Jahr 2008 erfolgte ein Abschluss in der **Energiewirtschaft**. Er sah für die Tarifgruppe RWE eine Tarifanhebung von 4 % ab Januar 2009, eine Stufenanhebung um 2,2 % ab Beginn nächsten Jahres sowie zwei Einmalzahlungen von 1.200 € (2009) und 800 € (2010) mit einer Laufzeit bis 31.10.2010 vor. Vergleichbare Abschlüsse gab es in anderen Energiebereichen.

Ende Januar vereinbarten die Tarifparteien bei der **Deutschen Bahn AG** einen zweistufigen Abschluss mit einer Anhebung um 2,5 % ab 1.2.2009 und einer Stufenerhöhung um 2 % ab 1.1.2010 sowie einer Einmalzahlung von 500 €, Laufzeit bis 31.7.2010. Außerdem wurden verbesserte Arbeitszeitregelungen vereinbart. Bei der **Deutschen Telekom AG** sah der Abschluss eine Tarifsteigerung von 3 % ab 1.1.2009 und weitere 2,5 % ab 1.1.2010 vor. Für den Großteil der Beschäftigten im Bereich der Service-Gesellschaften der Deutschen Telekom AG erhöhen sich die Vergütungen zu den gleichen Zeitpunkten um 5 bzw. 3,6 %. Hier ist jedoch der Wegfall der in 2007 im Rahmen der Tarifeinigung zu T-Service vereinbarten Ausgleichszahlungen von jeweils 2,2 % gegenzurechnen (s. Tarifpolitischer Jahresbericht 2007),

sodass effektiv ein Plus von insgesamt 4,2 % verbleibt. Die Laufzeit endet jeweils zum 31.12.2010.

Den ersten großen Flächenabschluss gab es am 1.3.2009 im **öffentlichen Dienst** für die Länder (ohne Hessen und Berlin). Er sieht die Anhebung der Tarifentgelte um einheitlich 40 € sowie um 3 % ab 1.3.2009 vor. Am 1.3.2010 folgt eine Stufenerhöhung um 1,2 % mit einer Laufzeit bis 31.12.2010. Damit konnte ver.di im Wesentlichen die Einkommensentwicklung bei Bund und Gemeinden nachvollziehen (siehe Punkt 4.1).

In der **Textil- und Bekleidungsindustrie** (West) sah der Abschluss vom 10.3.2009 nach zwei Nullmonaten eine Pauschalzahlung für Mai bis Dezember in Höhe von insgesamt 340 € vor. Ab 1.1.2010 folgt eine Tarifanhebung um 1,5 %, ein Sockelbetrag von 40 € sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 99 € für Januar und Februar 2011, bei einer Laufzeit bis 28.2.2011. Auch im Abschluss der **Eisen- und Stahlindustrie** vom 1.4.2009 ist für die erste Phase eine Pauschalzahlung enthalten. Sie beträgt für April bis Dezember 2009 insgesamt 350 €, gefolgt von einer Tarifanhebung um 2 % ab 1.1.2010 bei einer Laufzeit bis 31.8.2010 (siehe Punkt 4.2). Eine ähnliche Struktur hat auch der Abschluss in der **Druckindustrie** vom 3.6.2009 mit einer Pauschale von 280 € für April 2009 bis März 2010 und einer Tarifsteigerung von 2 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011.

Anders in der **Süßwarenindustrie**, wo die Gewerkschaft NGG in Nordrhein-Westfalen einen bemerkenswerten Abschluss erzielen konnte. Er sieht nach 2 Nullmonaten eine Tarifanhebung um 3 % ab dem 1.6.2009 sowie eine Stufenerhöhung von 1,9 % ab dem 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis zum 31.3.2011 vor. Gleichlautende Abschlüsse gab es auch in den anderen regionalen Tarifbereichen.

Im **Bauhauptgewerbe** (West) vereinbarten die Tarifparteien am 23.5.2009 einen Abschluss mit einer Pauschalzahlung von 60 € für April und Mai 2009, einer anschließenden Tariferhöhung von 2,3 % und einer Stufenanhebung von erneut 2,3 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011. Im Osten fällt die Anhebung etwas höher aus. Die Mindestlöhne werden stufenweise angehoben (siehe Punkt 4.3).

Im **Einzelhandel** erreichte ver.di am 11.6.2009 in Nordrhein-Westfalen einen ersten Abschluss, der auch zur Übernahme in den anderen Tarifbereichen empfohlen wurde: Nach 4 Nullmonaten gibt es ab dem 1.9.2009 eine Tarifanhebung um 2 % und zum 1.9.2010 eine Stufenanhebung um weitere 1,5 % bei einer Laufzeit bis zum 30.4.2011. Im April 2010 erfolgt eine Einmalzahlung von 150 € (siehe Punkt 4.4).

Im **Versicherungsgewerbe** sah die Tarifvereinbarung vom 4.6.2009 eine Pauschalzahlung von 250 € für Oktober 2009 bis März 2010 sowie eine Tarifanhebung von 2,5 % mit einer Laufzeit bis Ende März 2011 vor.

Im **Groß- und Außenhandel** vereinbarten die regionalen Tarifparteien im Oktober und November überwiegend nach 5 Nullmonaten eine Tarifsteigerung von zunächst 2,0 %, nach 8

Monaten eine Stufenanhebung von weiteren 1,5 % sowie eine zusätzliche Einmalzahlung für die unteren Vergütungsgruppen bei einer Gesamtlaufzeit von zwei Jahren.

Nach Warnstreiks und regulärem Arbeitskampf setzte die IG BAU im **Gebäudereinigerhandwerk** nach 3 Nullmonaten eine Tarifanhebung von 3,1/3,8 bis 6,2 % regional unterschiedlich (West inkl. Berlin/Ost) ab 1.1.2010 und eine weitere Stufenanhebung nach 12 Monaten von 1,8/2,5 % durch. Außerdem wurde ein Einstieg zur Regelung einer tariflichen Zusatzrente vereinbart (vgl. Punkt 4.6).

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2009

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
12.11.2008	**Metallindustrie** Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	510 € Pauschale insg. für November 2008 - Januar 2009 **2,1 %** ab 01.02.09 **2,1 %** ab 01.05.09 (auf Basis des Entgelts Nov. 2008) 122 € Einmalzahlung im September 2009, Laufzeit bis 30.04.10 0,4 % Einmalzahlung jeweils für Januar - April 2010 (Finanzierung Altersteilzeit)
12.12.2008	**Tarifgruppe RWE**	**4,0 %** ab 01.01.09 **2,2 %** Stufenerhöhung ab 01.01.10 1.200 € Einmalzahlung für 2009 und weitere 800 € für 2010 Laufzeit bis 31.10.10
31.01.2009	**Deutsche Bahn AG**	**2,5 %** ab 01.02.09 **2,0 %** Stufenerhöhung ab 01.01.10 500 € Einmalzahlung im Dezember 2009, Laufzeit bis 31.07.10
01.03.2009	**Öffentlicher Dienst** Länder	40 € Pauschale insg. für Januar und Februar 2009 **40 €** Sockelbetrag ab 01.03.09 **3,0 %** ab 01.03.2009 **1,2 %** Stufenerhöhung ab 01.03.10, Laufzeit bis 31.12.10
10.03.2009	**Textil- und Bekleidungsindustrie** West	nach 2 Nullmonaten (März und April) 340 € Pauschale insg. für Mai - Dezember **1,5 %** sowie **40 €** Sockelbetrag ab 01.01.10 99 € Einmalzahlung insg. für Januar und Februar 2011, Laufzeit bis 28.02.11
13.03.2009	**Deutsche Telekom AG**	**3,0 %** ab 01.01.09 **2,5 %** Stufenerhöhung ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.12.10
01.04.2009	**Eisen- und Stahlindustrie** Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	350 € Pauschale insg. für April - Dezember 2009 **2,0 %** ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.08.10
22.04.2009	**Bankgewerbe**	nach 4 Nullmonaten (Juli - Oktober 2008) **2,5 %** ab 01.11.08 200 € Einmalzahlung im Februar 2010, Laufzeit bis 30.04.10
12.05.2009	**Süßwarenindustrie** Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) **3,0 %** ab 01.06.09 **1,9 %** Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
18.05.2009	**Energie- und Versorgungswirtschaft** Ost (AVEU)	100 € Pauschale für Mai **3,62 %** ab 01.06.09, Laufzeit bis 30.06.10
23.05.2009	**Bauhauptgewerbe**	60 € Pauschale insg. für April und Mai West und Berlin: **2,3 %** ab 01.06.09 **2,3 %** Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11 Ost: Anhebung um Cent-Werte der West-Anhebung stufenweise Anhebung der Mindestlöhne

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
03.06.2009	**Druckindustrie**	280 € Pauschale insg. für April 2009 - März 2010 **2,0 %** ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
04.06.2009	**Versicherungsgewerbe**	250 € Pauschale insg. für Oktober 2009 - März 2010 **2,5 %** ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
11.06.2009	**Einzelhandel** Nordrhein-Westfalen	nach 4 Nullmonaten (Mai - August) **2,0 %** ab 01.09.09 **1,5 %** Stufenerhöhung ab 01.09.10 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2010, Laufzeit bis 30.04.11
27.07.2009	**Sozial- und Erziehungsdienst**	neue einheitliche Entgelttabelle mit 16 Entgeltgruppen Entgeltbeträge zwischen 1.750 - 4.525 €
29.10.2009	**Gebäudereinigerhandwerk** (Arb.)	nach 3 Nullmonaten (Oktober - Dezember) **3,1/3,8-6,2** % regional unterschiedlich (West inkl. Berlin/Ost) ab 01.01.10 **1,8/2,5** % (West inkl. Berlin/Ost) Stufenerhöhung ab 01.01.11, Laufzeit bis 31.12.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Dezember 2009

2 Tarifentwicklung

2.1 Lohn- und Gehalt

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2009 in ganz Deutschland **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für 7,9 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 6,8 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 41 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 7,9 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2008 oder früher vereinbart wurden (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Bei rund 3,3 Mio. Beschäftigten liefen 2008 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifanhebungen in Kraft.

Abschlussrate

Die tarifliche **Abschlussrate** belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 3,9 % (2008: 5,2 %), in Westdeutschland betrug die Rate 3,8 %, in Ostdeutschland 4,4 % (vgl. Tabelle 2). Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2010 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 2,5 % im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe, 2,9 % im Verbrauchsgütergewerbe, 3,3 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 4,7 % im Bereich private Dienstleistungen/Organisationen ohne Erwerbszweck, 5,5 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung bis zu 5,9 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Berbau.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die **im Jahr 2009** abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tariferhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,4 % (West: 2,4 %, Ost: 2,8 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2009 eine Streuung zwischen 1,7 % im Verbrauchsgütergewerbe und 4,2 % im Bereich Gebiets-

körperschaften/Sozialversicherung (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2009 „**Nullmonate**" bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 7,3 Mio. (2008: 7,9 Mio.), das entspricht rund 92 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 28 % mussten zwischen 1 - 3 Monate auf die reguläre Tariferhöhung warten, für weitere 44 % vergingen 4 - 5 Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, 20 % mussten sogar 6 und mehr Nullmonate akzeptieren. Nur für 36 % der davon betroffenen Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 35 € (West: 37 €, Ost: 30 €) im Monat betrugen (vgl. Tabelle 3 im Anhang).

Laufzeiten

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge im Jahr 2009 beträgt durchschnittlich 24,1 Monate (2008: 22,4 Monate). Für rund 0,6 Mio. Beschäftigte (7,2 %) laufen die Abkommen zwischen 12 und 17 Monaten, für knapp 1 Mio. (12,5 %) 18 bis 23 Monate, für 6,3 Mio. (80,2 %) 24 Monate und länger. In den neuen Bundesländern laufen die Tarifverträge im Schnitt rund einen Monat kürzer als in den alten (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

Laufzeit der Tarifverträge (in Monaten)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	21,8	14,5	18,3	20,5	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1
West	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3
Ost	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2009

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2009 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 15,8 Mio. Arbeitnehmer/-innen.

Diese **kalenderjährliche Steigerung** der Tarifverdienste 2009 gegenüber 2008 betrug für ganz Deutschland **2,6 %** (2008: 2,9 %) (vgl. Tabelle 5). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,1 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau aus gefolgt vom Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,7 % und dem Investitionsgütergewerbe mit 3,3 %. Unterdurchschnittlich war die Tarifsteigerung in den Bereichen Verbrauchsgütergewerbe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Baugewerbe mit jeweils 2,4 %, im Bereich private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 1,9 %

und in den Bereichen Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 1,8 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Handel mit 1,4 % aus. In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 3,0 % höher als in Westdeutschland mit 2,6 %.

Positiv beeinflusst wird die jahresbezogene Tarifsteigerung 2009 durch die länger laufenden Abschlüsse aus 2008. Die daraus resultierende Tarifanhebung für 2009 beläuft sich auf 3,3 %, die Neuabschlüsse des Jahres 2009 ergeben lediglich 2,0 %. Im Mittel ergeben sich dann die bereits genannten 2,6 %[1].

In Tarifbereichen mit knapp 1 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2009 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 2,6 auf 2,5 %. In Tarifbereichen mit weiteren 2,3 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2008 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen ohne nachfolgende Abschlüsse. Berücksichtigt man auch diese Bereiche, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2009 insgesamt auf 2,3 %.

Tarifsteigerung 2009 in % [1]

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3,6	2,4	2,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,6	4,2	4,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,5	2,4	2,5
Investitionsgütergewerbe	3,4	3,3	3,3
Verbrauchsgütergewerbe	2,8	2,3	2,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,8	2,3	2,4
Baugewerbe	2,5	2,3	2,4
Handel	1,4	1,4	1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,8	2,8	2,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,9	2,0	1,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	4,4	3,6	3,7
Gesamte Wirtschaft	**3,0**	**2,6**	**2,6**

1 Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2009 gegenüber 2008.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2009

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2009 von 2,6 % liegt deutlich über dem sehr geringen Anstieg der Lebenshaltungskosten 0,4 %. **Real** stiegen die tariflichen Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt **um 2,2 %**.

Der Stand der tariflichen **Lohnangleichung** an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grund*vergütung festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2009 ergibt sich da-

[1] Wertet man den Metallabschluss vom November 2008 als quasi ersten Abschluss der Tarifrunde 2009 und schlägt ihn diesem Jahr zu, verändern sich die genannten Tarifsteigerungen auf 3,0 % (2008er Abschlüsse) und 2,5 % (2009er Abschlüsse).

bei folgendes Bild (vgl. Tabelle 6): Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein **durchschnittliches Tarifniveau von 96,1 %**. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte. Dies ist nicht auf Absenkungen von ostdeutschen Tarifvergütungen zurückzuführen, sondern im Wesentlichen eine Folge der Umstellung der Metalltarife auf die neuen Entgeltrahmenabkommen. Dabei haben sich die Vergleichsbereiche Ost/West geändert, mit der Konsequenz eines rechnerisch niedrigeren Vergütungsniveaus.

Tarifniveau Ost/West in %

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8	96,1

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2009

Über den Stand der **Angleichung** wichtiger manteltariflicher Regelungen und Leistungen in Ostdeutschland (wie z.B. Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gibt die Übersicht zu ausgewählten Tarifbereichen in Tabelle 12 Auskunft.

Die Steigerung der **Ausbildungsvergütungen** ist im vergangenen Jahr deutlich höher ausgefallen als 2008. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 3,7 % (West: 3,3 %, Ost: 4,9 %), der weit über der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen und auch oberhalb des Anstiegs der Verbraucherpreise liegt (BIBB 2009). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im 3. Ausbildungsjahr lagen die Beträge Ende 2009 in 8 der für diesen Tarifbericht ausgewählten 26 Tarifbereiche unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 0,6 % im Versicherungsgewerbe und 8,2 % im öffentlichen Dienst (Länder) (vgl. Tabelle 8 im Anhang).

2.2 Arbeitszeit

Die *gesamt*wirtschaftlichen Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** betrug Ende 2009 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,7 Stunden (West: 37,4 und Ost: 38,8 Stunden) (vgl. nachstehende Übersicht sowie Tabelle 9 im Anhang). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u.a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche **Urlaubsdauer** (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage) (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche **Jahresarbeitszeit**, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.657,8 Stunden, für Westdeutschland 1.646,7 und für Ostdeutschland 1.715,7 Stunden (vgl. Tabelle 11 im Anhang).

Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2009

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,7
Anteil der Beschäftigten (in %) mit:			
bis zu 35	5,9	25,1	21,9
36 - 37	5,4	9,4	8,7
37,5 - 38,5	31,2	36,7	35,6
39 – 40 und mehr	57,0	28,4	33,0
Urlaub (Arbeitstage) [1]	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.715,7	1.646,7	1.657,8

1 Endstufe.
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2009

Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 2000-2009 (in Std.)

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wo-	G	37,7	37,7	37,7	37,7	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6	37,7
che	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9	38,8	38,8	38,8
Jahr	G	1657,8	1656,3	1656,0	1656,3	1655,7	1655,6	1657,0	1656,8	1656,2	1657,8
	W	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7	1645,2	1644,8	1646,7
	O	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3	1716,4	1715,4	1715,7

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres. G=Gesamt, W=West, O=Ost
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2009

2.3 Tarifbindung und tariflose Zustände

Seit Jahren ist die Tarifbindung in ganz Deutschland leicht aber beständig rückläufig (Ellguth/Kohaut 2009). Nach den neuesten Ergebnissen des IAB-Panels arbeiteten im Jahr 2008 rund 63 % der Beschäftigten in Westdeutschland und 52 % derjenigen in Ostdeutschland in tarifgebundenen Betrieben (2007: 63/54 % in West/Ost). Im gesamtdeutschen Durchschnitt ergibt das 61 %. Im Jahr 1998 betrug die gesamtdeutsche Tarifbindung noch 74 %. Die nachstehende Tabelle zeigt die erheblichen branchenbezogenen Unterschiede von 43 % in der Landwirtschaft über 65 % im Bereich des Investitionsgütergewerbes bis zu 98 % im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Die Ursachen des Rückgangs liegen zum einen darin, dass vormals tarifgebundene Unternehmen die Tarifbindung insgesamt aufgeben oder durch Aufspaltung und Outsourcing Teile des Unternehmens aus der Tarifbindung herauslösen. Zum anderen vermeiden neu gegründete Unternehmen häufig einen Beitritt zum Arbeitgeberverband und schließen auch keine Firmentarifverträge ab.

Tarifbindung der Beschäftigten in Deutschland 2008 -
Anteile der jeweils betroffenen Beschäftigten in %

	West	Ost	Gesamt
Öffentliche Verwaltung	98	96	98
Bergbau/Energie	93	88	92
Kredit/Versicherung	87	71	85
Baugewerbe	74	57	70
Grundstoffverarbeitung (Produktionsgüter)	72	43	68
Investitionsgüter	68	41	65
Gesamt	**63**	**52**	**61**
Verbrauchsgüter	64	42	61
sonstige Dienste	63	53	61
Org. ohne Erwerbszweck	62	42	58
Verkehr/Nachrichten	56	48	55
Handel/Reparatur	51	30	47
Dienste für Unternehmen	43	51	45
Landwirtschaft u.a.	54	17	43

Quelle: IAB-Betriebspanel

Ein dritter Grund für die schwächere Tarifbindung liegt darin, dass die Gewerkschaften in einer ganzen Reihe von Tarifbereichen nicht in der Lage sind, nach Auslaufen der Tarifverträge neue Tarifabkommen abzuschließen. Je länger dieser tariflose Zustand anhält, umso mehr verlieren die alten Tarifregelungen an praktischer Bedeutung. Eine aktuelle Analyse des WSI-Tarifarchivs ergibt, dass nach wie vor über 50 Tarifbranchen mit rund 2,3 Mio. Beschäftigten aus dem Handwerk, dem Dienstleistungssektor, aber auch aus der Industrie mindestens seit dem Jahr 2008, größtenteils aber seit zwei, drei und mehr Jahren ohne Neuabschluss sind.

In einigen wenigen Bereichen ist aber auch eine Wiederherstellung der Tarifbindung gelungen, zumeist erst nach mehreren Jahren, so beispielsweise in der Floristik, in einigen Bereichen des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks sowie des Bäcker- und Konditorenhandwerks.

3 Effektivverdienstentwicklung

3.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die *Effektiv*einkommens- und Verteilungsentwicklung in Deutschland hat krisenbedingt einen außergewöhnlichen Verlauf genommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2010): Die Summe der **Bruttolöhne und -gehälter** ist 2009 um 0,5 % zurückgegangen. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in ergibt sich **auf Monatsbasis** - bereits nominal - ein **Rückgang um 0,4 %**. Daraus folgt zugleich, dass die Bruttoreallöhne 2009 (zum sechsten Mal in Folge) real - und zwar um 0,8 % - gesunken sind.

Auf Stundenbasis berechnet, sieht das Bild anders aus. Da die Betriebe durch Kurzarbeit und andere Maßnahmen die Beschäftigung relativ stabilisiert haben und den Personalstand *nicht* entsprechend dem Produktionsrückgang heruntergefahren haben, sind die Verdienste je Arbeitnehmer*stunde* um 2,9 % gestiegen. Die Kehrseite der Medaille ist die sinkende Arbeitsproduktivität. Sie ist 2009 je Erwerbstätigen um 4,9 % und je Erwerbstätigenstunde um 2,2 % zurückgegangen. Dies hat Konsequenzen für die Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität. Pro Kopf sind die Lohnstückkosten um 5,1 %, pro Stunde um 5,6 % gestiegen. Stärker sind die Lohnstückkosten zuletzt im Jahr 1992 (+6,3 %) angestiegen. Dieser starke Anstieg ist im Wesentlichen eine Folge des massiven Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts vor allem im IV. Quartal 2008 und I. Quartal 2009. Im II. Quartal hat sich die Entwicklung schon wieder abgeflacht. „Sorgen über Deutschlands preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind aber völlig unnötig, wie der Vergleich der Lohnstückkostenzuwächse mit anderen großen Ländern des Euroraums … zeigt.“ (IMK 2009: 11).

Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2007 – 2009
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-5,0
Verbraucherpreise	2,2	2,6	0,4
Produktivität/Stunde	0,7	0,0	- 2,2
Tarifentgelte/Stunde*	2,2	2,9	2,6
Bruttoverdienste/Stunde	1,4	2,3	2,9
Lohnstückkosten/Stunde	0,1	2,2	5,6

* je tarifliche Arbeitstunde
Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv

3.2 Abstriche bei betrieblichen Entgelten

Die große Lücke zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung im Jahr 2009 ist maßgeblich auf die betriebliche Krisenverarbeitung zurückzuführen. In einer repräsentativen Betriebsrätebefragung hat das WSI die unterschiedlichen Reaktionen und betrieblichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung analysiert (Bogedan u. a. 2009). Befragt wurden 2.324 Betriebsräte aus Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Zeitraum von Mitte Juli bis Ende September 2009. Im Ergebnis zeigt sich, dass bei der Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung vor allem arbeitszeitbezogene Maßnahmen eine zentrale Rolle spielten. An erster Stelle standen dabei der Abbau von Arbeitszeitkonten (bzw. der Aufbau von Zeitschulden) und die Kurzarbeit, gefolgt von betrieblichen Um- und Versetzungen und Maßnahmen zur Urlaubsnahme. Erst an fünfter Stelle folgten Abstriche beim Entgelt und an letzter Stelle Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen.

Betriebliche Maßnahmen in der Krise (Angaben der Betriebsräte in %, Mehrfachnennungen)

	Abstriche beim Entgelt	- Abstriche bei Sonderzahlungen und Zulagen	- Aussetzen von eigentlich vorgesehenen Lohnerhöhungen	- Abstriche bei tariflichen Entgeltbestandsteilen	- Abstriche bei übertariflichen Entgeltbestandsteilen	- Verschlechterung bei Eingruppierungen	- Abstriche bei Ausbildungsvergütungen	**Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen**
Alle Betriebe	**16**	**11**	**9**	**8**	**6**	**5**	**1**	**8**
Betriebe seit Mitte 2008 von Krise betroffen								
ja	22	15	13	10	9	6	1	10
nein	10	6	4	5	3	4	1	5
Betriebe mit starker Exportabhängigkeit	20	13	13	9	7	5	1	7
West	17	11	10	8	7	5	1	8
Ost	13	9	6	6	3	5	1	6
Betriebsgröße								
bis 100 Beschäftigte	15	10	9	8	5	5	1	6
101 bis 500	17	12	9	7	7	5	2	9
501 bis 1000	15	11	7	5	6	6	1	15
über 1000	19	11	11	11	11	2	0	8
Grundstoffe/Produktionsgüter	22	15	10	9	9	5	1	6
Investitions- und Gebrauchsgüter	21	13	14	8	6	4	1	6
Verbrauchsgüter	20	13	11	14	8	8	3	9
Baugewerbe	15	8	9	11	6	5	0	4
Handel (und Reparatur)	15	12	8	6	7	4	2	10
Verkehr und Nachrichten	13	5	6	5	8	6	1	7
Kredit und Versicherungen	13	13	6	1	11	6	1	10
sonstige priv. und öffentl. Dienstleistungen	14	9	8	8	4	5	1	8
sonstige Branchen	2	1	0	0	0	1	0	2

Quelle: WSI Betriebsrätebefragung 2009: Beschäftigungssicherung

Im Folgenden sollen vor allem die unmittelbar *entgelt*bezogenen Maßnahmen der Betriebe näher beleuchtet werden. Rund 16 % der Betriebsräte geben an, dass in ihrem Betrieb Abstriche beim Entgelt durchgeführt oder geplant waren (siehe vorstehende Tabelle).[2] Allerdings zeigen sich z. T. deutliche Unterschiede: So steigt der Anteil der Betriebe mit Abstrichen

[2] Gefragt wurde nach dem Zeitraum von Anfang Juli 2008 bis Ende 2009.

beim Entgelt bei Großbetrieben auf 19 % (ab 1.000 Beschäftigte). Betroffen sind vor allem Branchen aus den Bereichen Grundstoffe/Produktionsgüter (22 %), Verbrauchsgüter (21 %) und Investitions- und Gebrauchsgüter (20 %). Weniger betroffen sind Betriebe aus den Bereichen Verkehr und Nachrichten sowie Kredit und Versicherungen (jeweils 13 %). Betriebe im Westen sind stärker betroffen (17 %) als im Osten (13 %).

Abstriche beim Entgelt werden in verschiedenen Formen realisiert. Unter den sechs abgefragten Varianten stehen Abstriche bei Sonderzahlungen oder Zulagen an erster Stelle. 11 % der Betriebe machen davon Gebrauch bzw. planen dies. Die Ursache dafür dürfte sein, dass auf diese Weise die regelmäßigen monatlichen Lohn- und Gehaltszahlungen unverändert bleiben. Aus dem gleichen Grund folgt auf dem nächsten Platz das Aussetzen von eigentlich vorgesehenen Lohnerhöhungen (9 %). Des Weiteren spielen die Anrechnung von übertariflichen Einkommensbestandteilen (6 %) sowie die Verschlechterung von Eingruppierungen eine gewisse Rolle. Fast zu vernachlässigen sind Abstriche bei den Ausbildungsvergütungen (1 %). Drei Viertel der Betriebe mit Abstrichen beim Entgelt ergreifen mehrere der Maßnahmen.

Neben unmittelbaren Abstrichen bei den Entgelten greifen die Betriebe auch zu Einschnitten bei den betrieblichen Sozialleistungen, davon berichten immerhin 8 % der befragten Betriebsräte. Dabei geht es zum einen um Abstriche bei der Leistungshöhe bei der betrieblichen Altersversorgung und zum anderen um die Zugangsbeschränkung.

4 Ausgewählte Tarifrunden

4.1 Öffentlicher Dienst – Länder

Das Tarifgeschehen des öffentlichen Dienstes hat sich durch die Aufspaltung des früher einheitlich geregelten Tarifgebiets grundlegend verändert. Für Bund und Gemeinden einerseits und die Länder andererseits gelten mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem Tarifvertrag für die Länder (TV-L) zwei getrennte (wenngleich inhaltlich ähnliche) Tarifwerke, die bislang aufgrund unterschiedlicher Laufzeiten nicht zeitgleich verhandelt werden (können). In dieser Tarifrunde stand die Neuverhandlung des TV-L auf der Tagesordnung, während der TVöD noch bis zum Jahresende läuft.

2 1/2 Jahre nach der Vereinbarung des TV-L wurde im Bereich der Länder erstmals wieder über Entgeltsteigerungen verhandelt. Der im Mai 2006 mit den Bundesländern (ohne Hessen und Berlin) vereinbarte TV-L sah ähnlich wie der TVöD bei Bund und Gemeinden eine neue einheitliche Entgeltstruktur für Arbeiter/-innen und Angestellte vor. Materiell beinhaltete der Abschluss für die Jahre 2006 und 2007 drei Pauschalzahlungen und für das Jahr 2008 eine Tarifanhebung um 2,9 % (WSI-Tarifbericht 2008).

Für die Tarifforderung der Gewerkschaften spielte neben der ökonomischen Entwicklung auch die Tarifsituation im Bereich von Bund und Gemeinden eine zentrale Rolle. Dort hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Frühjahr 2008 einen Abschluss durchgesetzt, der eine Sockelanhebung um 50 € sowie eine Tarifsteigerung um 3,1 % für 2008 und eine Stufenanhebung um 2,8 % für 2009 beinhaltete. Vorrangiges Ziel der Gewerkschaften

war es, keine unterschiedliche Einkommensentwicklung in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes zuzulassen. Die Bundestarifkommission von ver.di beschloss daher am 9.12.2008 ein Forderungspaket, das sich eng an die vorjährigen Forderungen für Bund und Gemeinden anlehnte:

- Erhöhung der Tarifentgelte um 8 %, mindestens 200 €, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 120 €
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten/Beamtinnen
- verbindliche Regelungen zur Übernahme Ausgebildeter
- im Rahmen von Leiharbeit Vereinbarungen zu "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" (Equal-Pay).

Verhandlungen

Die ersten beiden Verhandlungsrunden (19. und 26.1.) brachten keinerlei Fortschritt. Am 3.2. rief ver.di daraufhin zu einem ersten Streik- und Aktionstag auf. In der 3. Verhandlungsrunde am 14.2. legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor. Es sah nach 6 Nullmonaten (Januar bis Juni) eine Erhöhung von 4,2 % ab 1.7. vor, die Laufzeit sollte bis Ende 2010 gehen. Ver.di lehnte dieses Angebot als völlig unzureichend ab, da es u. a. weder eine soziale Komponente enthalte noch den Anschluss an die Entwicklung bei Bund und Gemeinden sichere. Bis zu dieser Verhandlungsrunde hatten sich ca. 80.000 Beschäftigte an Aktionen und Warnstreiks beteiligt. Vor der 4. Verhandlungsrunde, die am 28.2. begann, verstärkte ver.di den Druck auf die Arbeitgeber durch eine 2. Warnstreikwelle in der Zeit vom 25. bis 27.2., an der sich mehr als 100.000 Arbeitnehmer/-innen beteiligten.

Ergebnis

Nach mehrtägigen Verhandlungen konnte dann am 1.3. folgendes Ergebnis erzielt werden:

- Pauschalzahlung von insgesamt 40 € für Januar und Februar
- einheitliche Erhöhung aller Entgeltgruppen um 40 € und darauf 3 % ab 1.3.2009
- 1,2 % Stufenerhöhung ab 1.3.2010
- Laufzeit bis Ende 2010
- nach 2 Nullmonaten Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 60 € in allen Ausbildungsjahren ab März und 1,2 % ab März 2010.

Das mit dem TV-L eingeführte Leistungsentgelt entfällt zukünftig.[3] Die Regelung zur befristeten Übernahme Ausgebildeter für 12 Monate wird bis Ende 2010 verlängert. Die Vereinbarungen zum Überleitungsrecht von Bund und Gemeinden werden übernommen. Die Tarifver-

[3] Zum 1. Januar 2007 wurde mit dem TV-L ein Leistungsentgelt eingeführt, für das anfangs 1 % der Gehaltssumme aller Beschäftigten des Vorjahres, später bis 8 % dieses Werts zur Verfügung stehen sollte. Eine Regelung zur Gestaltung der Leistungsentgelte kam nicht zu Stande. Deswegen wurden bislang mit dem Dezember-Gehalt jedem Beschäftigten ohne Berücksichtigung seiner Leistung 12 % seines Monatsgehalts vom September ausbezahlt. Das Volumen dieses Leistungsentgelts ist jetzt faktisch Bestandteil der Tariferhöhung und damit in die Entgelttabelle eingearbeitet worden.

tragsparteien vereinbarten außerdem, die Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung unverzüglich nach den Sommerferien aufzunehmen.

In einer ver.di-Mitgliederbefragung stimmten 68,8 % der Beschäftigten und danach auch die ver.di-Tarifkommission mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung für die Annahme. Somit konnten die Tarifverträge rückwirkend zum 1. Januar in Kraft gesetzt werden.

Aus Sicht von ver.di konnten in dieser Tarifrunde trotz denkbar ungünstiger Bedingungen „ehrgeizige Kernziele“ trotzdem durchgesetzt werden. Neben der deutlichen Reallohnsteigerung hebt die Gewerkschaft vor allem den Sockelbetrag hervor, mit dem eine starke soziale Komponente erreicht werden konnte. Zwei „Haken“ nennt die Gewerkschaft: die geringe Erhöhung von 1,2 % im kommenden Jahr und der Wegfall des Leistungsentgeltes. Letzteres sei bei den Beschäftigten auf viel Kritik gestoßen. Für die TdL bewertete ihr Verhandlungsführer Möllring das Ergebnis als „fairen Kompromiss“ und begrüßte, dass ein Streik verhindert werden konnte.

Vier Wochen nach dem TdL-Abschluss konnte ver.di für das Bundesland Hessen erstmals nach 2004 wieder einen Tarifvertrag abschließen. Er sieht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 3 % ab April nach 3 Nullmonaten (Januar bis März) sowie eine Stufenerhöhung von 1,2 % ab März 2010 vor. Im Juni 2009 gibt es eine Einmalzahlung von 500 €. Die Ausbildungsvergütungen werden ab April um jeweils 60 €, ab März 2010 um 1,2 % erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2010. Gleichzeitig einigten sich Arbeitgeber und ver.di auf ein neues, für Arbeiter/-innen und Angestellte einheitliches Tarifrecht (TV-H) ab 1. Januar 2010.

4.2 Eisen- und Stahlindustrie

Die IG Metall konnte mit dem Tarifabschluss von 5,2 % in der Stahlindustrie vom Februar 2008 die Taktzahl für die gesamte Tarifrunde 2008 vorgeben. Hintergrund war der lang anhaltende, außerordentliche Stahlboom, der der IG Metall eine starke Verhandlungsposition verschaffte. Die Verhältnisse waren in 2009 wie ausgewechselt. Der Boom fand ein abruptes Ende, im vierten Quartal 2008 verzeichnete die deutsche Stahlindustrie einen Rückgang beim Auftragseingang um über 40 %, für 2009 wurde ein drastischer Produktionsrückgang erwartet. Die Unternehmen reagierten personalpolitisch zunächst mit der breiten Einführung von Kurzarbeit in der gesamten Branche.

Die IG Metall kündigte die Tarifverträge zum 31.3.2009 und beschloss erst kurz vorher eine Tarifforderung von 4,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Das war die bei weitem niedrigste Tarifforderung unter den größeren Branchen in dieser Tarifrunde. Außerdem sollte der bestehende Beschäftigungssicherungstarifvertrag verlängert und verbessert sowie der Anspruch von Ausgebildeten auf Übernahme von 12 auf 24 Monate ausgeweitet werden. Die zum Jahresende 2009 auslaufende Altersteilzeitregelung sollte unverändert fortgeschrieben werden. Bereits in der zweiten Runde konnte am 1.4. eine Einigung erzielt werden, die folgende Elemente beinhaltet:

- Pauschalzahlung von insgesamt 350 € für die Monate April bis Dezember
- Tariferhöhung von 2 % ab 1.1.2010
- Laufzeit bis zum 31.8.2010.

Der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wurde bis zum 31.12.2011 verlängert und ermöglicht jetzt u. a. eine betriebliche Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 28 Stunden/Woche mit einem gestaffelten Teil-Lohnausgleich. Außerdem werden Ausgebildete für 24 Monate (bisher: 12 Monate) für mindestens 28 Stunden/Woche in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit wurde über den 31.12.2009 hinaus verlängert. Am 7.4. wurde der Tarifabschluss grundsätzlich auch für das Bundesgebiet Ost übernommen.

Die IG Metall hob in ihrer Bewertung vor allem die Elemente zur Beschäftigungssicherung hervor und verortete den Einkommenskompromiss „hart an der Schmerzgrenze“. In der Tarifkommission wurde das Ergebnis mit großer Mehrheit, allerdings bei einer Reihe von Nein-Stimmen, angenommen. Der Arbeitgeberverband Stahl nannte das Ergebnis „tragbar“ und hob positiv die längere Laufzeit hervor. Der Arbeitgeberverband Druck und Medien sprach – zweifelsohne mit Blick auf die bevorstehende Tarifrunde in der Druckindustrie – von einer „Trendwende“ der IG Metall. In der Presse wurde die Haltung der IG Metall als „kompromissbereit“ (Handelsblatt) und „bescheiden“ (FAZ) charakterisiert.

4.3 Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe lag der letzte Abschluss knapp 2 Jahre zurück. Im Mai 2007 erreichte die IG BAU nach knapp dreiwöchigem Streik eine dreistufige Tariferhöhung. Der Vertrag lief zum 31.3. dieses Jahres aus. In der Tarifrunde 2009 forderte die IG BAU eine Erhöhung der Einkommen um 6 % sowie eine weitere Angleichung des Ost- an das West-Niveau. Hauptbegründung der Gewerkschaft war die positive Branchenentwicklung. Die Bauarbeitgeber wiesen die Forderung als völlig überzogen zurück. Sicherung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit müssten Vorrang vor Einkommensverbesserungen haben.

Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen erklärte die IG BAU am 11.5. das Scheitern der Verhandlungen und rief die Schlichtung an. Sie begann unter Vorsitz des früheren Wirtschafts- und Arbeitsministers Wolfgang Clement am 22.5. und konnte nach 18-stündigen Verhandlungen am 23.5. durch einen einstimmigen Schiedsspruch erfolgreich beendet werden. Das Ergebnis sah folgendermaßen aus:

- Pauschalzahlung von insgesamt 60 € für die Monate April und Mai
- West und Berlin: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab Juni um 2,3 %
- Stufenerhöhung ab April 2010 um weitere 2,3 %
- Ost: Erhöhung um die Cent-Beträge, die sich durch die prozentuale Erhöhung im Westen ergeben (entspricht jeweils 2,6 %)
- Auszubildende: nach 2 Nullmonaten (April und Mai) Erhöhungen von jeweils 2,3 % ab Juni 2009 und April 2010. Davon abweichend wird die Ausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr ab Juni 2009 um 20 € erhöht
- Laufzeit bis zum 31. März 2011.

Zum Mindestlohn wurden Anhebungen in West und Ost, aber auch der Wegfall des zweiten Mindestlohnes für Angelernte in Ostdeutschland vereinbart:

- Bundesgebiet West: Anhebung der Mindestlöhne bis Juli 2011 in 3 Stufen in der Lohngruppe 1 von 10,70 € auf 11 €, in der Lohngruppe 2 von 12,85 € auf 13 €[4].
- Bundesgebiet Ost: Erhöhung des Mindestlohnes der Lohngruppe 1 in 3 Stufen von 9,00 € auf 9,75 € bis Juli 2011 und Wegfall der Lohngruppe 2 als Mindestlohngruppe.
- Laufzeit der Mindestlohn-Tarifverträge bis Ende November 2011.

Die in den Lohntarifverträgen West und Ost sowie im Standortsicherungs-Tarifvertrag für Berlin enthaltenen Absenkungsmöglichkeiten der Löhne werden von 8 auf 6 % verringert. Ferner sieht der Schiedsspruch vor, dass eine technische Kommission gebildet wird, die in den nächsten 2 Jahren eine verbindliche Grundlage für die Angleichung des Ost- an das West-Niveau für die nächsten Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen entwickeln soll.

Die IG BAU sprach von einem tragfähigen Kompromiss in wirtschaftlich schwieriger Zeit, der Reallohnerhöhungen - ohne Kompensierung an anderen Stellen - vorsieht und den Flächentarifvertrag erhält.

4.4 Einzelhandel

Die Tarifrunden im Einzelhandel gestalteten sich in den vergangenen Jahren stets sehr schwierig. Zumeist gelang der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ein Abschluss nur mit großer Mühe und nach langwierigen Auseinandersetzungen. So konnte die Tarifrunde des Jahres 2007 erst nach über einjährigen Verhandlungen im Sommer 2008 beendet werden. Angesichts der tiefen Rezession war daher auch in 2009 nicht unbedingt mit raschen Ergebnissen zu rechnen. Auch die Arcandor-Krise machte die Verhandlungssituation nicht leichter. Ver.di zog aus den gemachten Erfahrungen verschiedene Konsequenzen: Zum einen bemühte man sich um eine koordinierte Tarifrunde von Einzel- und Großhandel und entwickelte eine gemeinsame Kampagne „Fair heißt mehr – von uns lebt der Handel“. Zum anderen sollten neue Arbeitskampfkonzepte einen größeren und wirksameren Druck auf die Arbeitgeber ermöglichen.

Im Einzelhandel fielen die regionalen Forderungen bei ähnlicher Struktur dennoch etwas unterschiedlich aus. Die Bandbreite lag bei 6,5/6,8 % fast durchweg verbunden mit Mindesterhöhungen zwischen 120 und 150 € sowie Festgeldforderungen in Höhe von 130 und 135 €. Für die Auszubildenden in Hessen forderte ver.di eine Erhöhung von 50 bzw. 60 €, in Nordrhein-Westfalen von 6,5 %, mindestens jedoch 50 €.

Der Auftakt der regionalen Tarifverhandlungen im Einzelhandel fand am 3. April in Hessen statt, in den kommenden Tagen und Wochen folgten die anderen regionalen Bereiche. In Nordrhein-Westfalen legten die Arbeitgeber in der 2. Runde der Tarifverhandlungen am 7.5.

[4] In Berlin steigt der Mindestlohn 2 im selben Zeitraum von 12,70 € auf 12,85 €.

folgendes Angebot vor: nach 7 Nullmonaten Einkommenserhöhungen von 1,5 % ab Dezember 2009 und weitere 0,5 % ab Januar 2011 sowie 150 € als zusätzliche Einmalzahlung innerhalb des Jahres 2010 mit einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten. Die Betriebsparteien sollten die Möglichkeit zur Streichung der Einmalzahlung und zum Verschieben der prozentualen Erhöhungen haben. Ver.di lehnte dieses und ähnliche Angebote in anderen Regionen ab und führte erste Warnstreiks, Urabstimmungen und reguläre Arbeitskampfmaßnahmen durch.

In der 3. Verhandlungsrunde am 10./11.6. kam es dann im nordrhein-westfälischen Einzelhandel zu einer Verständigung zwischen ver.di und den Arbeitgebern. Der erzielte Abschluss sieht vor:

- 4 Nullmonate (Mai bis August)
- Erhöhung der Tarifvergütungen um 2 % zum 1.9.2009
- Stufenerhöhung um 1,5 % zum 1.9.2010
- 150 € als zusätzliche Einmalzahlung im April 2010
- 150 € im Jahr 2011 im Rahmen des Tarifvertrags Vorsorgeleistung.

Zudem konnte ver.di die von den Arbeitgebern geforderte Öffnungsklausel zur Verschiebung oder Streichung von Einmalzahlung und Tariferhöhung auf betrieblicher Ebene verhindern. Die Vergütungstarifverträge haben eine Laufzeit von 24 Monaten bis zum 30.4.2011. Ver.di betonte, dass nach Jahren des Reallohnverlustes dieser Abschluss eine reale Einkommenssteigerung bedeute.

Erst Ende November konnte die Tarifrunde im Einzelhandel komplett abgeschlossen werden. Die weiteren regionalen Abschlüsse folgten im Großen und Ganzen dem NRW-Muster. In einigen Ost-Bereichen kam es wegen der Angleichung der Kündigungstermine zu längeren Laufzeiten, die dann durch zusätzliche Einmalzahlungen ausgeglichen wurden.

4.5 Sozial- und Erziehungsdienst

Ausgangssituation

Im Sozial- und Erziehungsdienst kam es 2009 zu einem lang anhaltenden Tarifkonflikt um die Einkommensgestaltung und Fragen der Arbeitsbedingungen und Gesundheitsbelastungen. Ausgangspunkt des Einkommensstreits war die Vereinbarung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Jahr 2005 und des Tarifvertrages für die Länder (TV-L) im Jahr 2006: Hier stand die Vereinbarung einer neuen Entgeltordnung (EGO) noch aus, die die allgemeinen Tätigkeitsbeschreibungen zu den vereinbarten tariflichen Entgeltgruppen enthalten soll. Trotz verschiedener Anläufe waren die Tarifparteien hier von einer Einigung noch weit entfernt. In der Tarifrunde 2008 hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vereinbart, über die Eingruppierung für die rund 200.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst vorab zu verhandeln, die Entgeltordnung der anderen Berufe des öffentlichen Dienstes sollte parallel verhandelt werden.

Forderungen, Verhandlungen, Streik

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hatten im Vorlauf zu den Tarifverhandlungen eine Kampagne „Chancen fördern, Anerkennung fordern“ gestartet und ihre Forderungen auch mit entsprechenden Expertisen (GEW 2007) begründet. Sie forderten im Kern eine erheblich verbesserte Eingruppierung der verschiedenen Beschäftigtengruppen des Sozial- und Erziehungsdienstes, so z.B.:

- Kinderpfleger/-innen, Sozialassistent/-innen, Familien- und Sozialhelfer/-innen: Entgeltgruppe (EG) 7 statt bisher EG 3
- Erzieher/-innen, Heilerzieher/-innen und Heilerziehungspfleger/-innen: EG 9 statt EG 6; derselbe Personenkreis mit besonderen Anforderungen und Qualifikationen: EG 10
- Sozialarbeiter/-innen, Sozialpädagog/-innen, Heilpädagog/-innen: EG 10
- Fachberatung und Leitungstätigkeiten: EG 10 bis 13.

Die gesundheitlichen Belastungen speziell bei den Erzieher/-innen (siehe dazu GEW 2009) waren zwar seit Jahren Gegenstand der innergewerkschaftlichen Diskussion, sie verdichteten sich aber erst im Vorfeld der Tarifrunde zu einem konkreten Forderungspaket. Darin war enthalten: (1) ein individueller Anspruch auf jährliche Gefährdungsanalyse, (2) die Bildung einer paritätisch besetzten betrieblichen Kommission, die im Konfliktfall über Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung entscheidet, sowie (3) die Möglichkeit zur Einrichtung von Gesundheitszirkeln.

Erst nach drei Verhandlungsrunden legten die Arbeitgeber am 30.3. ein erstes Einkommensangebot vor, das nach ihrer Auffassung eine deutlichere Spreizung bei der Eingruppierung und damit eine Entwicklungsmöglichkeit für Erzieher/-innen über 3 Entgeltgruppen vorsah. Dies bedeute Entgeltsteigerungen von bis zu 220 € monatlich. Zu den Fragen der Gesundheitsförderung machten die Arbeitgeber keine Angaben, weil sie dazu kein Verhandlungsmandat hätten. Die Gewerkschaften nannten das Tarifangebot „substanzlos“ und bewerteten es als „Provokation“. Sie begannen mit Protestaktionen: Am 21.4. fand ein erster bundesweiter Aktionstag statt, am 6.5. folgte ein erster Warnstreik, an dem sich nach Gewerkschaftsangaben bundesweit rund 20.000 Beschäftigte beteiligten. In einer **Urabstimmung** Mitte Mai sprachen sich knapp 90 % der ver.di-Mitglieder und fast 93 % der GEW-Mitglieder für reguläre Streikmaßnahmen aus. Der Arbeitskampf begann am 15.5. In den ersten Tagen beteiligten sich rund 45.000 Beschäftigte an Streikmaßnahmen. In der Öffentlichkeit gab es viel Sympathie und Unterstützung für das Anliegen der Beschäftigten und die Forderungen der Gewerkschaften.

Am 27.5. fand die nächste Verhandlungsrunde statt. Zuvor hatten die Gewerkschaften den Streik noch einmal ausgeweitet. Die Arbeitgeber legten erstmals einen Entwurf für tarifliche Regelungen zur Gesundheitsförderung vor. Verhandlungen auf dieser Basis lehnten die Gewerkschaften jedoch ab, weil den Beschäftigten keine über die geltenden Gesetze hinausgehenden individuellen oder kollektiven Rechte eingeräumt würden und der Vorschlag teilweise sogar hinter dem geltenden Recht zurückbliebe. Die Verhandlungen wurden zunächst ab-

gebrochen, der Streik hingegen fortgesetzt. Allein an der zentralen Kundgebung am 15.6. in Köln nahmen 30.000 Beschäftigte teil. Am 9.6. und vom 15. bis 19.6. fanden die nächsten Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber besserten beide Angebote nach und behaupteten, die Erzieher/innen würden dadurch bis zu 13,75 % mehr verdienen (VKA-Presseinformation vom 19.6.2009). Die Gewerkschaften hielten dem entgegen, dass das Angebot lediglich für 20 % der Erzieher/-innen gelte und gegenüber dem Stand von 1990 lediglich minimale Verbesserungen mit sich bringe, während 80 % der Beschäftigten leer ausgingen bzw. Verluste von mehr als 1.000 Euro im Jahr zu erwarten hätten (verdi-Tarifinformation vom 19.6.2009).

Die Gewerkschaften kündigten an, die Streikaktivitäten in der Sommerzeit auszusetzen, um die Eltern zu entlasten. Sie bilanzierten, dass sich fast 150.000 Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes in den vergangenen Wochen bundesweit an den Streikaktivitäten beteiligt hätten. Am 16. und 17.7. wurden die Verhandlungen fortgesetzt und auf den 23.7. vertagt. Nach einem mehrtägigen Verhandlungsmarathon gelang dann am 27.7. die endgültige Einigung. Das **Ergebnis** beinhaltete im Wesentlichen folgende Punkte:

Entgelt

- Einführung einer neuen einheitlichen Entgelttabelle für alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst: 16 Entgeltgruppen von S 3 (Kinderpfleger/-in: 1.750 – 2.320 €) bis S 18 (Leiter/-in Erziehungsheim: 3.000 - 4.525 €) jeweils gegliedert in Grundentgelt (Stufen 1 - 2) und Entwicklungsstufen (Stufen 3 - 6).
- Finanzielle Verbesserungen zu den bis dahin bestehenden Eingruppierungsregelungen im neuen System.
- Überleitung in die neue Tabelle anhand des bisherigen Einkommens plus etwaiger Vergütungszulage.

Der Tarifvertrag sollte zum 1.11.2009 in Kraft treten, die neue Entgeltstruktur hat eine Mindestlaufzeit bis Ende 2014. Die Gewerkschaften quantifizierten die erreichten Verbesserungen mit verschiedenen Beispielrechnungen (ver.di-Pressemitteilung vom 27.7.2009, GEW Tarifinfo 7, Juli 2009):

- Neu eingestellte Erzieher/-innen erhalten statt bisher 2.130 € brutto künftig 2.240 €, das heißt 110 € mehr im Monat. Eine Erzieherin mit 18 Jahren Berufserfahrung erhält nun 2.864 €, das seien 390 € mehr
- Ein Sozialarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst verdient als Berufsanfänger statt bisher 2.237 € künftig 2.500 €.
- Auch verglichen mit dem Gehalt bei Weitergeltung des alten BAT bekommt eine Erzieherin mehr und zwar monatlich durchschnittlich 22 €.
- Beschäftigte, die 2005 aus dem BAT übergeleitet wurden, erhalten Zuschläge, sodass sich dieser durchschnittliche Betrag auf rund 100 € erhöht.

Betriebliche Gesundheitsförderung

- Das Verhandlungsergebnis sieht tatsächlich einen individuellen Anspruch auf Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung vor. Diese erfolgt nach Maßgabe des Arbeitsschutzgesetzes, wobei die Beschäftigten in die Durchführung einzubeziehen sind. Sie sind über das Ergebnis von Gefährdungsbeurteilungen zu unterrichten und vorgesehene Maßnahmen sind mit ihnen zu erörtern. Wenn betroffene Beschäftigte den vorgesehenen Maßnahmen widersprechen, ist eine betriebliche Kommission damit zu befassen.
- Auf Antrag des Personal-/Betriebsrats wird beim Arbeitgeber eine betriebliche Kommission gebildet, deren Mitglieder je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Personal- bzw. Betriebsrat benannt werden. Die Mitglieder müssen Beschäftigte des Arbeitgebers sein. Die betriebliche Kommission befasst sich mit evtl. Widersprüchen der Beschäftigten und kann Vorschläge zu den zu treffenden Maßnahmen machen. Der Arbeitgeber führt die Maßnahmen durch, wenn die Mehrheit der vom Arbeitgeber benannten Mitglieder der betrieblichen Kommission im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber dem Beschluss zugestimmt hat.
- Die betriebliche Kommission kann zeitlich befristet Gesundheitszirkel zur Gesundheitsförderung einrichten, deren Aufgabe es ist, Belastungen am Arbeitsplatz und deren Ursachen zu analysieren und Lösungsansätze zur Verbesserung der Arbeitssituation zu erarbeiten. Sie berät über Vorschläge der Gesundheitszirkel und unterbreitet, wenn ein Arbeitsschutzausschuss gebildet ist, diesem, ansonsten dem Arbeitgeber, Vorschläge. Die Ablehnung eines Vorschlags ist durch den Arbeitgeber zu begründen.

Ver.di sprach insgesamt von einem „respektablen Ergebnis“ mit dem ein „Einstieg in die Aufwertung“ der Sozial- und Erziehungsdienste erreicht worden sei. Erstmals sei im öffentlichen Dienst ein Tarifvertrag Gesundheitsförderung abgeschlossen worden. Ver.di habe sich in wesentlichen Punkten durchgesetzt. Die GEW sprach von einem Ergebnis, das beiden Seiten viel abverlangt habe: Den Gewerkschaften, weil es hinter den großen Erwartungen der Beschäftigten zurückbleibt und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), weil es in Zeiten, in denen durch die Finanzkrise die Steuereinnahmen zurückgehen, eine beträchtliche Steigerung der Personalkosten mit sich bringt. Die kommunalen Arbeitgeber wiesen darauf hin, dass der Abschluss die Kommunen jährlich zwischen 500 und 700 Millionen € koste. „Die finanzielle Mehrbelastung sei für die Kommunen eine „harte Nuss“ (VKA-Presseinformation vom 27.7.2009).

In einer **zweiten Urabstimmung** stimmten 55 % der ver.di-Mitglieder dem Tarifergebnis zu. Das zeigt, dass es in erheblichem Umfang Unzufriedenheit bei den Mitgliedern gab.[5] Bei der GEW betrug die Zustimmung immerhin 84 %. Die Gewerkschaften werteten dieses Ergebnis als Auftrag, die Thematik in Zukunft unbedingt weiter zu verfolgen.

---

[5] Vgl. z.B. die Kritik des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di: „Dafür haben wir nicht gestreikt“, Flugblatt vom 30.7.2009. Kernpunkt der Kritik ist, dass dieser Abschluss unterhalb des alten BAT-Niveaus bleibe, wenn man unterstellt, dass es bei Beibehaltung des BAT vergleichbare Tariferhöhungen wie beim TVöD gegeben hätte.
(http://www.netzwerk-verdi.de/fileadmin/Material/NwFlugblattSozErzAbschluss200907.pdf)

4.6 Gebäudereinigerhandwerk

Ausgangssituation

Das Gebäudereinigerhandwerk ist für die zuständige Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) seit vielen Jahren ein schwieriges Tarifgebiet. Im Gebäudereinigerhandwerk sind in Deutschland rund 32.200 Betriebe mit rund 860.000 Beschäftigten tätig. Gut 2.500 Betriebe sind im Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks zusammengeschlossen und repräsentieren rund 87 % des Umsatzes wie auch der Beschäftigten dieser Branche. Über die Hälfte der Beschäftigten ist geringfügig beschäftigt, der Organisationsgrad ist relativ gering und die Arbeitgeber haben die Tarifstandards in den vergangenen Jahren verstärkt unter Druck gesetzt.

So war die Gewerkschaft im Jahr 2003 gezwungen, einen Tarifvertrag zu unterschreiben, der mit Lohnabsenkungen von bis zu 10 % verbunden war und somit „schmerzliche Verluste für die Beschäftigten“ (IG BAU 2004) bedeutete. Der Hintergrund: In vielen Unternehmen der Branche waren – in Folge der Deregulierung der Leiharbeit durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2003 – eigene Zeitarbeitsunternehmen ausgegründet worden und die dort Beschäftigten erhielten Stundenlöhne, die weit unter dem Gebäudereinigertarif lagen. Durch eine Allgemeinverbindlicherklärung wurde der neue Lohntarifvertrag[6] bindend für die gesamte Branche. Der Vertrag wurde im Jahr 2006 noch einmal unverändert bis Ende 2007 verlängert. Außerdem wurde die Branche 2007 in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufgenommen, der darauf bezogene Mindestlohntarifvertrag sah eine Vergütung von 7,87 € (West) und 6,36 € (Ost) vor. Ein weiterer Tarifabschluss sah eine Tarifanhebung um 3,5 % ab Januar 2008 mit einer Laufzeit bis Ende September 2009 vor. Die letzten Jahre in dieser Branche waren also gekennzeichnet durch eine mehr als moderate Lohnentwicklung sowie den Versuch, durch Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz und nach dem Entsendegesetz Lohndumping zu verhindern und Mindeststandards festzuschreiben. Dabei war es sicherlich hilfreich, dass der Bundesinnungsverband die Festschreibung von allgemeinverbindlichen Mindeststandards seit einigen Jahren unterstützte und sich auch früh für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprach (Bundesinnungsverband Gebäudereinigerhandwerk 2006).

Forderungen und Verhandlungen

Frühzeitig, nämlich bereits im Januar 2009, legte die IG BAU ihren Forderungskatalog für die Verhandlungsrunde vor. Er umfasste folgende vier Punkte:

- Anhebung der Löhne einschließlich der Mindestlöhne und Ausbildungsvergütungen um 8,7 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau im Rahmen eines Stufenplans
- Einführung eines Tarifvertrages zur betrieblichen Altersvorsorge

[6] Mit Ausnahme der Lohngruppen 8 und 9. Der Lohn-TV basiert auf einem neuen Rahmentarifvertrag, der ebenfalls für allgemeinverbindlich erklärt wurde.

- Aufnahme von Verhandlungen über Angestelltentarifverträge.

Die ersten beiden Verhandlungen am 20.1. und 20.2.2009 blieben ergebnislos, die Arbeitgeber verlangten angesichts des unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes eine mehrmonatige Verhandlungspause. In der dritten Verhandlungsrunde Anfang Mai legten sie ein erstes Angebot vor. Es beinhaltete nach 3 Nullmonaten 2,5 % mehr Lohn und Ausbildungsvergütung ab Januar 2010 bis Ende 2011. Die nächste Runde brachte keine Annäherung, die Arbeitgeber sagten einen weiteren bereits vereinbarten Termin ab. Die IG BAU kündigte daraufhin fristgerecht den Mindestlohntarifvertrag zum 30.09.2009. Nach einem Spitzengespräch fand dann eine weitere ergebnislose Verhandlungsrunde Ende Juli statt. Daraufhin erklärte die IG BAU das Scheitern der Verhandlungen.

Arbeitskampf und Ergebnis

Nach Ablauf der Friedenspflicht Anfang Oktober begann eine Warnstreikwelle, an der sich in der ersten Woche bereits mehrere tausend Beschäftigte in über 600 Reinigungsobjekten bundesweit beteiligten. In einer Urabstimmung stimmten 96,7 % der Gewerkschaftsmitglieder für Streik, der dann am 20.10.2009 begann. Bereits in der ersten Woche bestreikten nach Gewerkschaftsangaben rund 5.460 Reinigungskräfte in über 370 Objekte teils mehrfach. Die Streikenden fanden in der Öffentlichkeit große Sympathie. Der „Putzstreik der Unsichtbaren“ stieß auch deswegen auf große Zustimmung, weil hier erstmals seit langem eine Gruppe von gering bezahlten Beschäftigten aktiv wurde, die durch den Wegfall des Mindestlohns von massivem Lohndumping bedroht war. Nach Presseberichten boten einzelne Reinigungsunternehmen nach Auslaufen des Mindestlohnes ihren Beschäftigten Verträge zu deutlich schlechteren Konditionen an. Nach zehn Streiktagen einigten sich die Tarifparteien in zähen Verhandlungen auf folgendes Ergebnis:

- Anhebung der Löhne und Ausbildungsvergütungen um 3,1/3,8 % bis 6,2 % regional unterschiedlich (West inkl. Berlin/Ost) ab 1.1.2010
- Stufenanhebung um 1,8/2,5 % (West inkl. Berlin/Ost) ab 1.1.2011 bei einer Laufzeit bis zum 31.12.2011
- Stundenlöhne, die zugleich die neuen Mindestlöhne in der Branche sein sollen, betragen dann in der *Innen- und Unterhaltsreinigung* 8,40/6,83 € West inkl. Berlin/Ost ab 1.1.2010 und 8,55/7,00 € ab 1.1.2011 sowie in der *Glas- und Fassadenreinigung, Reinigung von Verkehrsanlagen* 11,13/8,66 € West/Ost ab 1.1.2010 und 11,33/8,88 € ab 1.1.2011
- Für die Monate Oktober bis Dezember 2009 Wiederinkraftsetzen der alten Tarifverträge für IG BAU-Mitglieder
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen bundeseinheitlich um 15/20/25 € im 1./2./3. Ausbildungsjahr
- Erstabschluss eines Tarifvertrages zur Regelung einer tariflichen Zusatzrente
- Einstieg in die betriebliche Altersvorsorge: auf jede 100 € Gehaltsumwandlung der Beschäftigten zahlt der Arbeitgeber rund 23 €
- Verhandlungen über Angestellten-Tarifverträge ab Januar 2010.

Das Ergebnis wurde von den Tarifvertragsparteien innerhalb der Erklärungsfrist angenommen. Aus Sicht der IG BAU war der Arbeitskampf ein voller Erfolg. „Sicher ist es ein Kompromiss, aber ein guter“, formulierte IG BAU Verhandlungsführer Frank Wynands. So sahen das offenkundig auch die Mitglieder, in der 2. Urabstimmung sprachen sich 94,4 % der Gewerkschaftsmitglieder für die Annahme des Ergebnisses aus. Die Gewerkschaft konnte im Rahmen der Tarifrunde mehr als 5.000 neue Mitglieder gewinnen.

5 Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz

Die Große Koalition hatte sich im Sommer 2007 auf eine Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes sowie auf eine Modernisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes geeinigt, die Umsetzung dieses Beschlusses verlief allerdings sehr schleppend (vgl. dazu WSI-Tarifbericht 2007 und 2008). Nach langen Kontroversen trat am 24.4.2009 das neu gefasste **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** in Kraft und die gesetzlichen Verfahren zur Festsetzung branchenbezogener Mindestlöhne konnten in den neu einbezogenen Branchen eingeleitet werden. Betroffen waren die Alten- und ambulante Krankenpflege, das Bewachungs- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die berufliche Weiterbildung, die Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft sowie die Bergbauspezialdienste. Die entsprechenden Mindestlohntarifverträge lagen bereits vor. Für das Bewachungsgewerbe lag ein Tarifvertrag der christlichen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) vor, die übrigen Verträge waren von DGB-Gewerkschaften abgeschlossen worden.

Im Tarifausschuss beim Bundesarbeitministerium wurde Ende August 2009 für zwei der Branchen eine Einigung über neue Mindestlohntarifverträge nach dem Entsendegesetz erzielt, nämlich für die Bergbauspezialdienste und die Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft. Für das Bewachungsgewerbe lehnte die Arbeitnehmerseite die Zustimmung ab, da hier mit 6 € z.B. für das Saarland und Rheinland-Pfalz keine Existenz sichernden Löhne vereinbart werden sollten. Die Arbeitgeberseite blockierte Mindestlöhne für den Zweig Berufliche Weiterbildung. Für die Abfallwirtschaft signalisierte der Tarifausschuss Zustimmung, allerdings mussten hier noch letzte Details geklärt werden. Erst am 18.12. erfolgte dann die Rechtsverordnung durch die neue Bundesarbeitsministerin von der Leyen, sodass die Mindestlöhne zu Beginn des Jahres 2010 in Kraft treten konnten. Eine Übersicht über die Mindestlöhne in den neu aufgenommenen Branchen findet sich in der nachstehenden Übersicht, eine Gesamtübersicht der Mindestlöhne nach dem AEntG enthält die Tabelle 14 im Anhang.

Für den Bereich der Altenpflege wurde eine spezielle Kommission eingerichtet, die den Mindestlohn für diese Branche festlegen soll. Neben den Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften gehören dem Gremium auch Vertreter der Arbeitsrechtlichen Kommissionen der Wohlfahrtsverbände an.

Das neue **Mindestarbeitsbedingungengesetz** (MiArbG) ist ebenfalls seit 22. April in Kraft. Der darin vorgesehene Hauptausschuss soll künftig prüfen, ob in einem Wirtschaftszweig soziale Verwerfungen vorliegen und Mindestarbeitsentgelte festgesetzt, geändert oder aufgehoben werden sollen. Über die konkrete Höhe der Lohnuntergrenzen beschließen dann branchenspezifische Fachausschüsse. Die Bundesregierung kann schließlich den empfohlenen Mindestlohn für die jeweilige Branche per Rechtsverordnung branchenweit festlegen. Dem Hauptausschuss gehören neben dem früheren SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi der Vorsitzende der Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wolfgang Franz und die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger, an. Der DGB ist mit seinem Vorsitzenden Michael Sommer sowie Otto Ernst Kempen, Professor für Arbeitsrecht, vertreten. Die Arbeitgeberseite wird von BDA-Präsident, Dieter Hundt und Otto Kenzler, dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, vertreten. Am 15.9. trat der Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Konkrete Fälle wurden bis zum Jahresende nicht bearbeitet.

Tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG für neu aufgenommene Branchen

Branche	Beschäftigte	Mindestlohn/€	
Abfallwirtschaft	130.000	01/2010	
	Mindestlohn	8,02	
Bergbauspezialarbeiten	2.500	01/2010	
	Mindestlohn I	11,17	
	Mindestlohn II (Hauer/ Facharbeiter)	12,41	
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	35.000	01/2010	04/2010
West	Mindestlohn	7,51	7,65
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	6,36	6,50

Beschäftigtenzahlen: WSI-Tarifarchiv, BMA nach Angaben der Tarifparteien.
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Januar 2010

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine gesetzliche Regelung zu sittenwidrigen Löhnen vorzunehmen. Damit soll klargestellt werden, was nach der Rechtsprechung ohnehin rechtswidrig ist. Nach Auffassung der Gewerkschaften ist damit in Bezug auf die Eingrenzung des Niedriglohnsektors konkret nichts gewonnen. Wenn nach einer solchen gesetzlichen Klarstellung auch tarif- oder ortsübliche Löhne um bis zu einem Drittel unterschritten werden dürfen, ohne dass dies sittenwidrig ist, bleiben künftig weiterhin Stundenlöhne von 3, 4 oder 5 € zulässig (WSI 2009).

6 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2010

Die Tarifrunde 2010 bewegt sich zwischen zwei großen Themen: Beschäftigungssicherung und Einkommenserhöhung. Dabei werden die Akzente von den Gewerkschaften ganz unterschiedlich gesetzt: Im öffentlichen Dienst legen ver.di und die dbb-tarifunion den Schwer-

punkt auf Entgelterhöhungen. Zum Jahresende 2009 sind die Entgelttarifverträge für die Beschäftigten bei Bund und Gemeinden ausgelaufen. Ver.di fordert ein Tarifvolumen von 5 %. Darin enthalten sind eine „spürbare“ Entgelterhöhung, strukturelle Entgeltverbesserungen, die Fortführung der Altersteilzeit sowie spezifische Forderungen für einzelne Bereiche wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Versorgungsbetriebe. In der Metallindustrie, wo die Tarifverträge Ende April auslaufen, hat der IG Metall-Vorsitzende Huber bereits deutlich gemacht, dass das alles überragende Ziel die (tarifliche) Sicherung von Beschäftigung sei, während für Entgelterhöhungen „die Luft sehr dünn“ sei. Zur Beschäftigungssicherung ist vor allem an eine Ausweitung der Beschäftigungssicherungstarifverträge gedacht, sodass eine Absenkung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 25 Stunden mit teilweisem Lohnausgleich möglich wird. Für die chemische Industrie hat die IG BCE in einer Forderungsempfehlung neben einer „angemessenen“ Entgelterhöhung ebenfalls Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung gefordert. In anderen Branchen und Tarifbereichen fordern die Gewerkschaften bislang Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 3,5 und 5 %.

Tariferhöhungen im Jahr 2010 [1]

Branche	ab Monat	%	Laufzeit bis
Bauhauptgewerbe West/Ost	04	**2,3/2,6**	03/2011
Deutsche Bahn AG	01	**2,0**	07/2010
Deutsche Telekom AG	01	**2,5**	12/2010
Druckindustrie	04	**2,0**	03/2011
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	09	**1,5**	04/2011
Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, NRW	01	**2,0**	08/2010
Gebäudereinigerhandwerk West inkl. Berlin/Ost	01	**3,1/3,8-6,2** [2]	12/2011
Groß- und Außenhandel Sachsen-Anhalt	06	**1,5**	04/2011
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen	11	**1,7**	04/2011
Öffentlicher Dienst Länder	03	**1,2**	12/2010
RWE	01	**2,2**	10/2010
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	07	**1,9**	06/2011
Textil- und Bekleidungsindustrie West	01	**1,5** [3]	02/2011
Versicherungsgewerbe	04	**2,5**	03/2011

1 Vereinbart in Tarifabschlüssen der Tarifrunde 2009
2 regional unterschiedlich
3 plus 40 € Sockelbetrag

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010

In einer Reihe von Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2010 vereinbart, wie die vorstehende Übersicht zeigt. Die im kommenden Jahr in Kraft tretenden Steigerungsraten bewegen sich zwischen 1,2 und 6,2 % (siehe obige Übersicht). Damit zeichnet sich für das Jahr 2010 eine (deutlich) niedrigere Steigerung der Tarifverdienste ab als im Jahr zuvor.

Literatur:

BiBB (2009): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2009 - Stärkster Anstieg seit 14 Jahren, Pressemitteilung 1/2010 vom 5.1.2010.

Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2008): Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Gespaltene Tarifentwicklung und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz http://www.boeckler.de/169_90188.html, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 77-84.

Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2009): Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, Düsseldorf, 57 Seiten.

Bispinck, Reinhard (Hrsg.) (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.

Bispinck, Reinhard/Schulten Thorsten (2008): Aktuelle Mindestlohndebatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn?, in: WSI-Mitteilungen 3/2008, S. 151-158.

Bogedan, Claudia/Brehmer, W./Herzog-Stein, Alexander (2009): Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise – Eine Kurzauswertung der WSI-Betriebsrätebefragung 2009, WSI-Aktuell 01/Dezember 2009.

GEW (2009): Arbeitsqualität aus Sicht von Erzieherinnen und Erziehern. Ergebnisse aus der Erhebung zum DGB-Index Gute Arbeit, erstellt von Tatjana Fuchs und Falko Trischler.

GEW (2007): „Erzieherinnen verdienen mehr.“ Expertise und Portraits zur Gleichwertigkeit der Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern mit anderen Fachschulberufen. Erstellt im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der GEW von Dr. Andrea Jochmann-Döll unter Mitarbeit von Dr. Karin Tondorf. Portraits von Gesine Kulcke, Frankfurt am Main 2007.

Hundt, Dieter (2009): Mit Mut und Zuversicht aus der Krise – Rede auf dem Deutschen Arbeitgebertag 2009, am 24.11.2009 in Berlin.

IG Metall (2009): Keine Entlassungen in der Krise – industrielle Wertschöpfung sichern. Aktuelle Handlungslinien der Krisenbewältigung, Frankfurt/Main November 2009.

IMK (2009): Deutsche Arbeitskosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg, Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008, IMK-Report 44 – November 2009.

Statistisches Bundesamt (2010): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2009, vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden.

WSI (2009): Analyse des WSI-Tarifarchivs: Gesetzliche Grenze für sittenwidrige Löhne schafft keinen angemessenen Mindestlohn, Pressemeldung vom 21.10.2009.

Anhang zum WSI-Tarifbericht 2009

I. Grafiken West und Ost **Seite**

1: Erhöhung der Tarifverdienste 2009 nach Wirtschaftsbereichen 30

2: Beschäftigte nach tariflicher Wochenarbeitszeit 31

II. Tabellen West und Ost

1: Anzahl der von Tarifverträgen erfassten und 2009 begünstigten Arbeitnehmer 32

2: Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2009 33

3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 2009 34

4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2009 35

5: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 2009 36

6: Tarifliche Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West (mittlere Gruppe) 37

7 a: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen West ..... 38 - 39

7 b: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen Ost 40

8: Ausbildungsvergütungen ..... 41 - 42

9: Tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2009 43

10: Tariflicher Urlaubsanspruch 44

11: Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit 45

12: Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen ..... 46 - 47

13 a: Tarifliche Niedriglöhne West 48

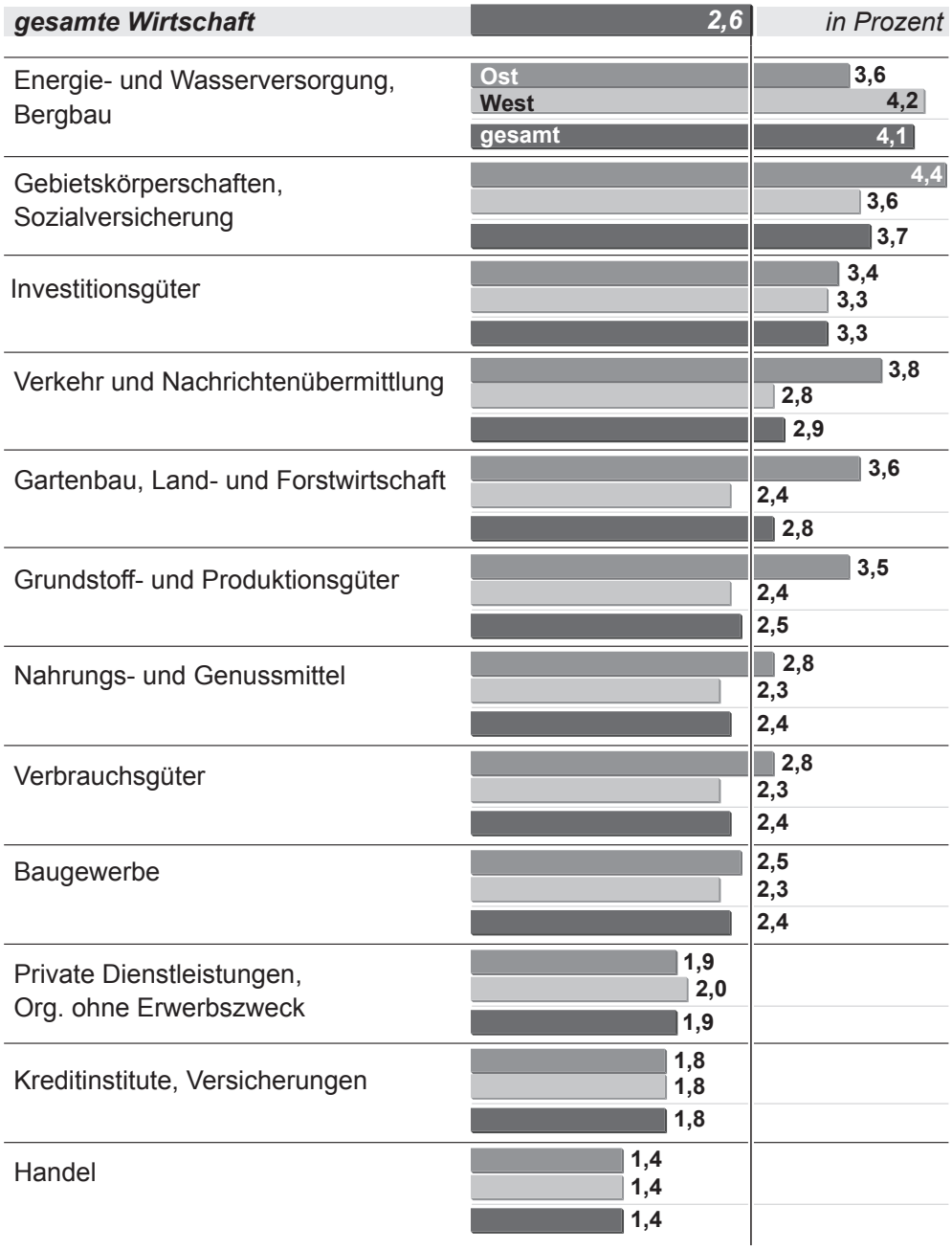
13 b: Tarifliche Niedriglöhne Ost 49

14: Tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz 50

III. Ausgewählte Tarifabschlüsse West und Ost ..... 51 - 56

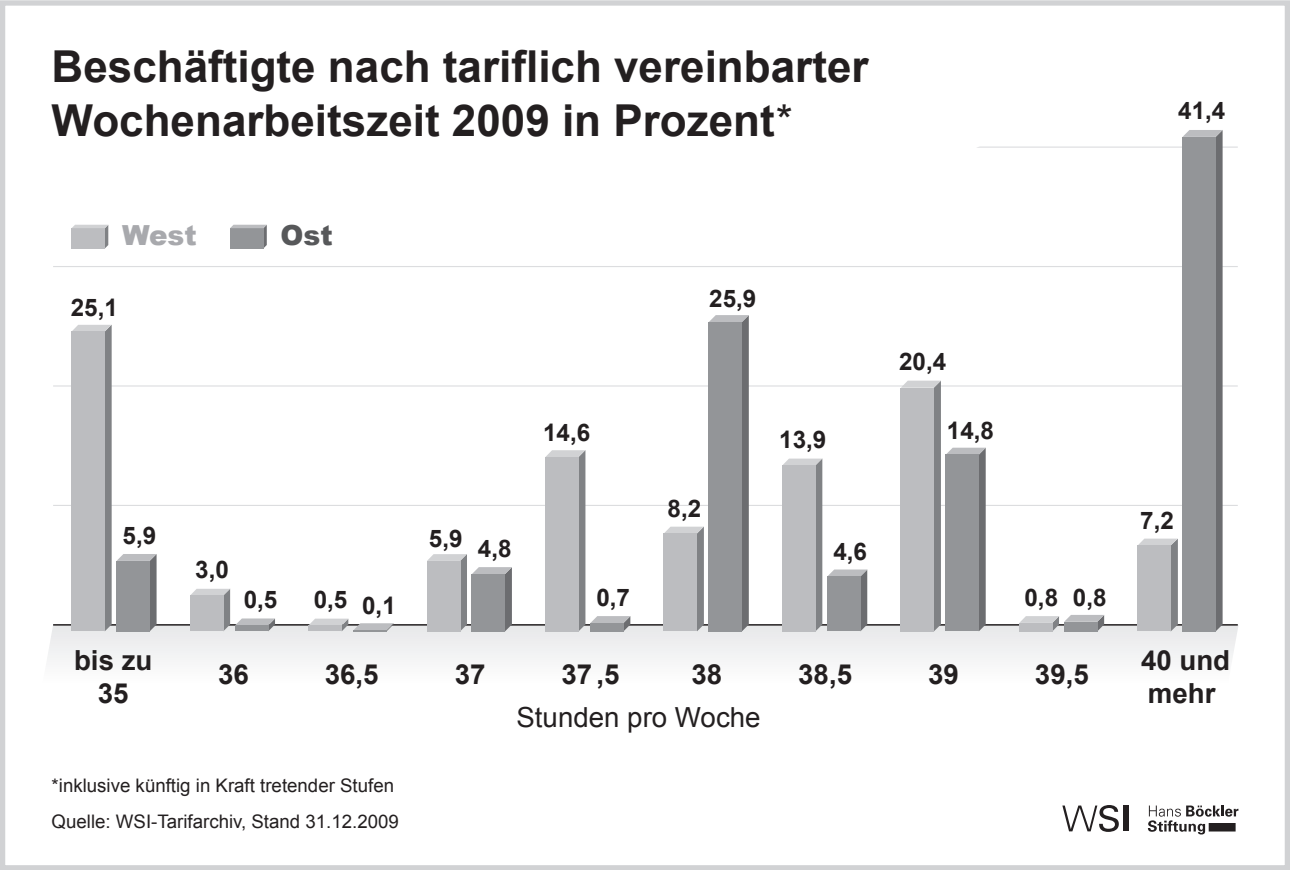
Grafik 1

Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2009 gegenüber dem Vorjahr



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2009

WSI Hans Böckler Stiftung


Beschäftigte nach tariflich vereinbarter Wochenarbeitszeit 2009 in Prozent*
West
Ost
25,1
5,9
3,0
0,5
0,5
0,1
5,9
4,8
14,6
0,7
8,2
25,9
13,9
4,6
20,4
14,8
0,8
0,8
7,2
41,4
bis zu 35
36
36,5
37
37 ,5
38
38,5
39
39,5
40 und mehr
Stunden pro Woche
*inklusive künftig in Kraft tretender Stufen
Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2009
WSI
Hans Böckler Stiftung

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfassten sowie von Lohn-, Gehalts- und Entgelterhöhungen im Jahre 2009 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)

Wirtschaftsbereich[2]		Von Tarifverträgen erfasste AN[3]				Von Neuabschlüssen in 2009 begünstigte AN				AN ohne Neuabschlüsse	
		insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr[4]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	294,7	235,8	36,8	22,1	94,2	66,2	10,4	17,6	200,5	176,9
	W	183,9	148,6	17,7	17,6	83,3	57,0	8,7	17,6	100,6	91,4
	O	110,8	87,2	19,1	4,5	10,9	9,2	1,7	-	99,9	85,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	210,6	48,6	16,7	145,3	103,5	9,0	3,2	91,3	107,1	72,7
	W	162,9	39,8	12,7	110,4	77,7	5,6	1,7	70,4	85,2	72,7
	O	47,7	8,8	4,0	34,9	25,8	3,4	1,5	20,9	21,9	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	1.044,3	260,8	105,0	678,5	293,3	155,2	66,0	72,1	751,0	629,1
	W	920,4	212,3	88,2	619,9	246,8	130,6	57,0	59,2	673,6	582,0
	O	123,9	48,5	16,8	58,6	46,5	24,6	9,0	12,9	77,4	47,1
Investitionsgütergewerbe	**G**	4.536,4	492,9	202,4	3.841,1	443,9	257,9	87,3	98,7	4.092,5	3.712,7
	W	4.100,2	468,6	190,1	3.441,5	439,5	254,5	86,3	98,7	3.660,7	3.306,6
	O	436,2	24,3	12,3	399,6	4,4	3,4	1,0	-	431,8	406,1
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	1.181,7	713,9	313,0	154,8	559,0	354,3	174,6	30,1	622,7	351,4
	W	1.027,5	629,2	284,0	114,3	500,6	330,0	165,3	5,3	526,9	297,8
	O	154,2	84,7	29,0	40,5	58,4	24,3	9,3	24,8	95,8	53,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	595,5	199,3	150,5	245,7	280,4	73,1	57,9	149,4	315,1	103,5
	W	492,3	158,1	126,1	208,1	265,0	68,9	56,2	139,9	227,3	83,2
	O	103,2	41,2	24,4	37,6	15,4	4,2	1,7	9,5	87,8	20,3
Baugewerbe	**G**	859,8	624,0	235,8	-	688,7	506,7	182,0	-	171,1	93,8
	W	656,1	474,8	181,3	-	525,7	386,1	139,6	-	130,4	72,7
	O	203,7	149,2	54,5	-	163,0	120,6	42,4	-	40,7	21,1
Handel	**G**	3.226,8	723,2	2.432,8	70,8	3.110,0	703,0	2.398,6	8,4	116,8	3,0
	W	2.791,3	617,4	2.127,5	46,4	2.708,6	600,0	2.100,2	8,4	82,7	2,4
	O	435,5	105,8	305,3	24,4	401,4	103,0	298,4	-	34,1	0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	1.168,8	464,3	190,9	513,6	470,9	196,7	78,4	195,8	697,9	465,8
	W	1.027,5	454,3	188,5	384,7	418,5	196,7	78,4	143,4	609,0	414,3
	O	141,3	10,0	2,4	128,9	52,4	-	-	52,4	88,9	51,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	585,1	-	-	585,1	420,0	-	-	420,0	165,1	-
	W	542,2	-	-	542,2	389,1	-	-	389,1	153,1	-
	O	42,9	-	-	42,9	30,9	-	-	30,9	12,0	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	3.108,9	624,2	798,0	1.686,7	707,4	419,0	70,4	218,0	2.401,5	780,3
	W	2.449,0	494,0	660,5	1.294,5	588,0	347,8	61,6	178,6	1.861,0	657,2
	O	659,9	130,2	137,5	392,2	119,4	71,2	8,8	39,4	540,5	123,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	2.264,8	29,0	187,7	2.048,1	710,6	15,4	87,5	607,7	1.554,2	1.474,7
	W	1.787,2	28,9	176,1	1.582,2	499,4	15,4	80,4	403,6	1.287,8	1.209,4
	O	477,6	0,1	11,6	465,9	211,2	-	7,1	204,1	266,4	265,3
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.077,4**	**4.416,0**	**4.669,6**	**9.991,8**	**7.881,9**	**2.756,5**	**3.216,3**	**1.909,1**	**11.195,5**	**7.863,9**
	W	**16.140,5**	**3.726,0**	**4.052,7**	**8.361,8**	**6.742,2**	**2.392,6**	**2.835,4**	**1.514,2**	**9.398,3**	**6.789,7**
	O	**2.936,9**	**690,0**	**616,9**	**1.630,0**	**1.139,7**	**363,9**	**380,9**	**394,9**	**1.797,2**	**1.074,2**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
3) Alle Arbeitnehmer, die seit 2002 von mindestens einem Neuabschluss einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.
4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 2009 wirksam wurde.

Durchschnittliche Abschlussraten[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2009[2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)[3] -

Wirtschaftsbereich[4]		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Angestellte	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsrate in %[5]	davon: 2009 in Kraft getr. Tariferhöhg.[5]	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	66,2	2,0	10,4	2,0	17,6	6,3	94,2	2,8	2,2	94,2
	W	57,0	1,9	8,7	1,9	17,6	6,3	83,3	2,9	2,1	83,3
	O	9,2	2,6	1,7	2,6	-	-	10,9	2,6	2,6	10,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	9,0	7,7	3,2	5,9	91,3	5,7	103,5	5,9	3,9	103,5
	W	5,6	8,0	1,7	6,1	70,4	6,3	77,7	6,4	3,9	77,7
	O	3,4	7,0	1,5	5,6	20,9	3,8	25,8	4,3	3,6	25,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	155,2	3,1	66,0	3,1	72,1	4,0	293,3	3,3	2,3	162,6
	W	130,6	3,0	57,0	3,1	59,2	3,7	246,8	3,2	2,1	134,5
	O	24,6	3,3	9,0	3,2	12,9	5,3	46,5	3,8	2,9	28,1
Investitionsgütergewerbe	**G**	257,9	3,6	87,3	3,7	98,7	3,2	443,9	3,6	2,0	216,9
	W	254,5	3,6	86,3	3,7	98,7	3,2	439,5	3,6	2,0	216,9
	O	3,4	4,2	1,0	3,8	-	-	4,4	4,1	-	-
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	354,3	3,0	174,6	2,7	30,1	3,4	559,0	2,9	1,7	244,3
	W	330,0	3,0	165,3	2,7	5,3	3,4	500,6	2,9	1,7	214,6
	O	24,3	2,9	9,3	2,7	24,8	3,3	58,4	3,1	1,8	29,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	73,1	3,3	57,9	3,1	149,4	4,0	280,4	3,6	2,7	258,0
	W	68,9	3,4	56,2	3,2	139,9	4,0	265,0	3,6	2,7	242,6
	O	4,2	2,9	1,7	2,8	9,5	4,0	15,4	3,5	2,9	15,4
Baugewerbe	**G**	506,7	4,3	182,0	4,8	-	-	688,7	4,5	2,4	688,7
	W	386,1	4,2	139,6	4,7	-	-	525,7	4,3	2,3	525,7
	O	120,6	4,7	42,4	5,3	-	-	163,0	4,9	2,6	163,0
Handel	**G**	703,0	3,7	2.398,6	3,7	8,4	1,6	3.110,0	3,7	2,0	3.110,0
	W	600,0	3,7	2.100,2	3,8	8,4	1,6	2.708,6	3,7	2,0	2.708,6
	O	103,0	3,5	298,4	3,5	-	-	401,4	3,5	2,0	401,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	196,7	3,8	78,4	4,6	195,8	4,5	470,9	4,2	2,3	417,9
	W	196,7	3,8	78,4	4,6	143,4	4,5	418,5	4,2	2,3	365,5
	O	-	-	-	-	52,4	4,6	52,4	4,6	2,7	52,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	420,0	2,5	420,0	2,5	-	-
	W	-	-	-	-	389,1	2,5	389,1	2,5	-	-
	O	-	-	-	-	30,9	2,5	30,9	2,5	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	419,0	5,2	65,8	2,3	181,2	4,2	666,0	4,7	2,9	297,9
	W	347,8	4,9	57,0	2,3	150,4	4,3	555,2	4,5	2,9	257,3
	O	71,2	6,7	8,8	1,9	30,8	4,0	110,8	5,6	2,9	40,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	15,4	3,4	87,5	3,9	607,7	5,8	710,6	5,5	4,2	710,6
	W	15,4	3,4	80,4	3,9	403,6	5,8	499,4	5,4	4,1	499,4
	O	-	-	7,1	4,1	204,1	5,9	211,2	5,8	4,5	211,2
Gesamte Wirtschaft	**G**	**2.756,5**	**3,9**	**3.211,7**	**3,7**	**1.872,3**	**4,4**	**7.840,5**	**3,9**	**2,4**	**6.304,6**
	W	**2.392,6**	**3,8**	**2.830,8**	**3,7**	**1.486,0**	**4,2**	**6.709,4**	**3,8**	**2,4**	**5.326,1**
	O	**363,9**	**4,5**	**380,9**	**3,7**	**386,3**	**4,9**	**1.131,1**	**4,4**	**2,8**	**978,5**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Einschließlich Ost-West-Niveauanpassungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen[1] in der Tarifrunde 2009

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen									nachrichtlich
		insgesamt	dar.: AN mit .....Monaten ohne Tariferhöhung								durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat €
			1	2	3	4	5	6 und mehr	AN insg.	AN mit Pauschalzahlungen	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	94,2	-	68,0	-	-	-	26,2	94,2	-	-
	W	83,3	-	57,1	-	-	-	26,2	83,3	-	-
	O	10,9	-	10,9	-	-	-	-	10,9	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	103,5	20,1	-	-	0,8	-	-	20,9	18,0	100
	W	77,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	25,8	20,1	-	-	0,8	-	-	20,9	18,0	100
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	293,3	-	44,6	32,4	-	-	141,7	218,7	192,8	40
	W	246,8	-	44,6	20,4	-	-	123,3	188,3	174,4	40
	O	46,5	-	-	12,0	-	-	18,4	30,4	18,4	40
Investitionsgütergewerbe	**G**	443,9	-	-	8,2	8,7	100,3	269,8	387,0	224,4	63
	W	439,5	-	-	8,2	8,7	98,2	267,5	382,6	222,1	63
	O	4,4	-	-	-	-	2,1	2,3	4,4	2,3	31
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	559,0	1,9	12,9	16,0	34,7	-	488,7	554,2	531,2	31
	W	500,6	1,9	0,8	16,0	34,7	-	442,4	495,8	478,1	31
	O	58,4	-	12,1	-	-	-	46,3	58,4	53,1	32
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	280,4	14,1	110,5	79,2	7,6	19,8	26,7	257,9	35,9	49
	W	265,0	14,1	110,5	68,6	7,0	19,8	26,7	246,7	24,8	52
	O	15,4	-	-	10,6	0,6	-	-	11,2	11,1	44
Baugewerbe	**G**	688,7	-	566,6	106,8	7,2	-	3,5	684,1	572,7	30
	W	525,7	-	427,9	83,2	7,2	-	3,5	521,8	434,0	30
	O	163,0	-	138,7	23,6	-	-	-	162,3	138,7	30
Handel	**G**	3.110,0	-	3,1	-	1.982,4	905,9	218,6	3.110,0	206,3	33
	W	2.708,6	-	3,1	-	1.683,9	803,0	218,6	2.708,6	206,3	33
	O	401,4	-	-	-	298,5	102,9	-	401,4	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	470,9	-	-	4,4	-	70,6	201,7	276,7	125,2	29
	W	418,5	-	-	2,8	-	70,6	201,7	275,1	123,6	27
	O	52,4	-	-	1,6	-	-	-	1,6	1,6	150
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	420,0	-	-	-	258,5	-	161,5	420,0	161,5	42
	W	389,1	-	-	-	239,6	-	149,5	389,1	149,5	42
	O	30,9	-	-	-	18,9	-	12,0	30,9	12,0	42
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	707,4	10,4	86,4	339,7	24,1	45,9	46,6	553,1	112,4	36
	W	588,0	8,6	77,1	276,7	24,1	45,9	25,6	458,0	99,5	37
	O	119,4	1,8	9,3	63,0	-	-	21,0	95,1	12,9	24
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	710,6	-	625,1	79,0	-	-	-	704,1	680,2	31
	W	499,4	-	421,0	71,9	-	-	-	492,9	469,0	35
	O	211,2	-	204,1	7,1	-	-	-	211,2	211,2	21
Gesamte Wirtschaft	**G**	**7.881,9**	**46,5**	**1.517,2**	**665,7**	**2.324,0**	**1.142,5**	**1.585,0**	**7.280,9**	**2.860,6**	**35**
	W	**6.742,2**	**24,6**	**1.142,1**	**547,8**	**2.005,2**	**1.037,5**	**1.485,0**	**6.242,2**	**2.381,3**	**37**
	O	**1.139,7**	**21,9**	**375,1**	**117,9**	**318,8**	**105,0**	**100,0**	**1.038,7**	**479,3**	**30**
Anteile in %	**G**	**100,0**	**0,6**	**19,2**	**8,4**	**29,5**	**14,5**	**20,1**	**92,4**	**36,3**	
	W	**100,0**	**0,4**	**16,9**	**8,1**	**29,7**	**15,4**	**22,0**	**92,6**	**35,3**	
	O	**100,0**	**1,9**	**32,9**	**10,3**	**28,0**	**9,2**	**8,8**	**91,1**	**42,1**	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Vereinbarte Laufdauer[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2009

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		AN mit Neuabschlüssen insgesamt	darunter entfallen auf Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durchschnittl. Laufdauer
			bis einschl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	94,2	-	-	-	68,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,2	27,6
	W	83,3	-	-	-	57,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,2	29,4
	O	10,9	-	-	-	10,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	103,5	-	2,0	-	18,0	-	0,8	-	-	9,3	1,2	25,0	21,7	-	25,5	20,4
	W	77,7	-	2,0	-	-	-	-	-	-	6,1	1,2	25,0	20,0	-	23,4	21,8
	O	25,8	-	-	-	18,0	-	0,8	-	-	3,2	-	-	1,7	-	2,1	16,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	293,3	-	14,6	-	-	-	-	123,7	-	-	-	15,2	-	14,7	125,1	20,6
	W	246,8	-	3,6	-	-	-	-	107,2	-	-	-	15,2	-	8,6	112,2	20,9
	O	46,5	-	11,0	-	-	-	-	16,5	-	-	-	-	-	6,1	12,9	18,7
Investitionsgütergewerbe	G	443,9	-	5,6	17,8	-	26,3	-	2,1	106,5	-	-	35,9	10,8	-	238,9	23,6
	W	439,5	-	5,6	17,8	-	24,2	-	-	106,5	-	-	35,9	10,6	-	238,9	23,7
	O	4,4	-	-	-	-	2,1	-	2,1	-	-	-	-	0,2	-	-	16,3
Verbrauchsgütergewerbe	G	559,0	-	34,7	-	-	-	-	-	1,9	-	-	-	-	-	503,2	23,2
	W	500,6	-	34,7	-	-	-	-	-	1,9	-	-	-	-	-	456,9	23,1
	O	58,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46,3	24,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	280,4	-	54,5	4,3	6,9	31,6	5,5	-	2,9	3,1	32,5	8,9	-	-	128,9	19,6
	W	265,0	-	47,1	4,3	6,9	31,6	5,5	-	-	-	32,5	8,9	-	-	126,9	19,8
	O	15,4	-	7,4	-	-	-	-	-	2,9	3,1	-	-	-	-	2,0	16,1
Baugewerbe	G	688,7	-	4,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	684,1	24,3
	W	525,7	-	3,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	521,8	24,4
	O	163,0	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	162,3	23,9
Handel	G	3.110,0	-	8,4	-	-	-	-	-	-	-	-	3,1	-	50,0	3.048,5	25,6
	W	2.708,6	-	8,4	-	-	-	-	-	-	-	-	3,1	-	-	2.697,1	25,8
	O	401,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50,0	351,4	24,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	470,9	-	15,3	-	3,7	1,6	-	-	137,3	-	-	-	-	-	313,0	24,0
	W	418,5	-	15,3	-	2,5	-	-	-	103,8	-	-	-	-	-	296,9	24,5
	O	52,4	-	-	-	1,2	1,6	-	-	33,5	-	-	-	-	-	16,1	19,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	420,0	-	-	-	-	-	-	-	161,5	-	-	-	258,5	-	-	20,5
	W	389,1	-	-	-	-	-	-	-	149,5	-	-	-	239,6	-	-	20,5
	O	30,9	-	-	-	-	-	-	-	12,0	-	-	-	18,9	-	-	20,4
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	707,4	-	57,7	-	-	33,2	1,4	-	14,6	-	14,1	-	5,0	-	549,0	24,8
	W	588,0	-	50,0	-	-	33,2	-	-	10,4	-	-	-	-	-	470,6	24,9
	O	119,4	-	7,7	-	-	-	1,4	-	4,2	-	14,1	-	5,0	-	78,4	24,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	710,6	-	23,9	-	-	-	-	-	6,5	-	-	40,7	-	-	639,5	23,4
	W	499,4	-	23,9	-	-	-	-	-	6,5	-	-	33,6	-	-	435,4	23,1
	O	211,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,1	-	-	204,1	23,9
Gesamte Wirtschaft	**G**	**7.881,9**	**-**	**221,3**	**22,1**	**96,6**	**92,7**	**7,7**	**125,8**	**431,2**	**12,4**	**47,8**	**128,8**	**296,0**	**64,7**	**6.281,9**	**24,1**
	W	**6.742,2**	**-**	**194,5**	**22,1**	**66,5**	**89,0**	**5,5**	**107,2**	**378,6**	**6,1**	**33,7**	**121,7**	**270,2**	**8,6**	**5.406,3**	**24,3**
	O	**1.139,7**	**-**	**26,8**	**-**	**30,1**	**3,7**	**2,2**	**18,6**	**52,6**	**6,3**	**14,1**	**7,1**	**25,8**	**56,1**	**875,6**	**23,2**
Anteile in %	**G**		**-**	**2,8**	**0,3**	**1,2**	**1,2**	**0,1**	**1,6**	**5,5**	**0,2**	**0,6**	**1,6**	**3,8**	**0,8**	**80,2**	
	W		**-**	**2,9**	**0,3**	**1,0**	**1,3**	**0,1**	**1,6**	**5,6**	**0,1**	**0,5**	**1,8**	**4,0**	**0,1**	**80,6**	
	O		**-**	**2,4**	**-**	**2,7**	**0,3**	**0,2**	**1,7**	**4,7**	**0,6**	**1,3**	**0,6**	**2,3**	**5,0**	**78,2**	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Einschl. sog. „Nullmonate“ und durch Pauschalzahlungen abgegoltener „Verzögerungsmonate“ der Tariferhöhung.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2009[1] (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)[2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[3] -

Wirtschaftsbereich[4]		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	218,7	2,9	34,8	3,0	17,6	0,9	271,1	2,8
	W	139,5	2,6	17,6	2,3	17,6	0,9	174,7	2,4
	O	79,2	3,6	17,2	3,7	-	-	96,4	3,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	33,2	1,7	11,7	1,5	131,3	5,0	176,2	4,1
	W	29,8	1,4	10,2	1,3	110,4	5,2	150,4	4,2
	O	3,4	3,7	1,5	2,9	20,9	3,6	25,8	3,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	202,6	2,0	84,6	2,0	635,2	2,8	922,4	2,5
	W	171,7	1,9	73,4	2,0	583,7	2,6	828,8	2,4
	O	30,9	2,6	11,2	2,5	51,5	4,2	93,6	3,5
Investitionsgütergewerbe	**G**	349,1	2,2	148,4	2,1	3.660,7	3,5	4.158,2	3,3
	W	332,1	2,1	136,6	2,1	3.279,0	3,5	3.747,7	3,3
	O	17,0	3,3	11,8	2,5	381,7	3,4	410,5	3,4
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	546,1	2,3	255,4	2,2	142,9	2,9	944,4	2,4
	W	488,6	2,2	236,5	2,2	107,3	3,1	832,4	2,3
	O	57,5	3,1	18,9	2,8	35,6	2,3	112,0	2,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	102,7	2,4	84,7	2,3	196,5	2,4	383,9	2,4
	W	98,3	2,4	82,9	2,3	167,0	2,3	348,2	2,3
	O	4,4	2,8	1,8	2,8	29,5	2,8	35,7	2,8
Baugewerbe	**G**	580,5	2,3	202,0	2,6	-	-	782,5	2,4
	W	443,4	2,2	155,0	2,6	-	-	598,4	2,3
	O	137,1	2,4	47,0	2,8	-	-	184,1	2,5
Handel	**G**	703,0	1,4	2.398,6	1,4	11,4	1,7	3.113,0	1,4
	W	600,0	1,4	2.100,2	1,4	10,8	1,6	2.711,0	1,4
	O	103,0	1,4	298,4	1,4	0,6	3,0	402,0	1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung[5]	**G**	344,6	1,9	148,9	2,2	473,4	3,8	966,9	2,9
	W	344,6	1,9	148,9	2,2	369,5	3,8	863,0	2,8
	O	-	-	-	-	103,9	3,8	103,9	3,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	420,0	1,8	420,0	1,8
	W	-	-	-	-	389,1	1,8	389,1	1,8
	O	-	-	-	-	30,9	1,8	30,9	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	459,6	1,2	156,9	2,3	890,2	2,3	1.506,7	1,9
	W	380,6	1,1	130,2	2,3	744,7	2,3	1.255,5	2,0
	O	79,0	1,5	26,7	2,2	145,5	2,1	251,2	1,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	20,8	3,1	127,9	2,6	2.036,6	3,8	2.185,3	3,7
	W	20,7	3,1	117,4	2,7	1.570,7	3,6	1.708,8	3,6
	O	0,1	4,9	10,5	2,0	465,9	4,4	476,5	4,4
Gesamte Wirtschaft	**G**	**3.560,9**	**2,0**	**3.653,9**	**1,7**	**8.615,8**	**3,3**	**15.830,6**	**2,6**
	W	**3.049,3**	**1,9**	**3.208,9**	**1,7**	**7.349,8**	**3,2**	**13.608,0**	**2,6**
	O	**511,6**	**2,4**	**445,0**	**1,8**	**1.266,0**	**3,6**	**2.222,6**	**3,0**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2009 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2008 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Inkl. Berechnung der Erhöhung durch Einführung einer neuen Entg.-Struktur bei der Deutschen Bahn AG im Volumen von 6,5 %.

Tabelle 6:

Tarifliche Grundvergütung[1] und Tarifniveau in Ost und West
- ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergütungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat[2]		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.375	1.911	72,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.682	2.743	97,8
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L G	1.844 2.061	1.844 2.061	100,0 100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.639	2.804	94,1
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.437	3.437	100,0
Metall- und Elektroindustrie	L E	2.246	2.450	91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.860	2.110	88,2
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.908	L: 2.145 G: 2.574	89,0 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L G	2.112 2.450	2.120 2.450	99,6 100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L G	2.410 2.546	2.410 2.546	100,0 100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.847	L: 1.878 G. 2.573	98,3 71,8
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.255	2.376	94,9[3]
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L G	2.246 1.882	2.511 2.035	89,4 89,5
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L G	2.162 2.020	2.253 2.201	95,9 91,8
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L G	2.072 2.077	2.072 2.077	100,0 100,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost/West[4]	E	1.978	1.978	100,0
Deutsche Post AG	E	2.338	2.338	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.657	2.657	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.817 G: 2.206	63,4 52,2
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.695	2.695	100,0
Versicherungsgewerbe (Innendienst) Ost/West	E	2.500	2.500	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E[5]	1.355	1.815	74,7
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L G	1.547 2.141	2.020 2.141	76,6 100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E E	2.369 2.359	2.369 2.359	100,0 100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
3) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
5) Eingangsstufe.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in ausgewählten Tarifbereichen West

Tarifbereich	Vergütungsart[2]	unterste Gruppe		mittlere[3] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Bayern	L G[4]	1.338	1.338	1.911	1.911	2.198	2.198	164,3
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	1.397	1.700	2.253	2.743	4.304	5.239	375,0
Steinkohlenbergbau Ruhr	L G	1.442 1.215	1.442 1.565	1.810 1.603	1.810 2.228	2.649 2.872	2.649 3.470	183,7 285,6
Eisen- und Stahlindustrie NRW	L G	1.505 1.343	1.505 1.642	1.844 1.681	1.844 2.061	2.266 3.445	2.266 3.962	150,6 295,0
Chemische Industrie Nordrhein	E	2.101	2.101	2.460	2.854	4.922	4.922	234,3
Shell Deutschland Oil GmbH	E[5]	2.327	2.327	3.437	3.437	5.113	5.113	219,7
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	E	1.874	1.874	2.532	2.532	4.722	4.722	252,0
Kfz-Gewerbe NRW	E	1.556	1.556	1.765	1.765	3.244	3.244	208,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westfalen-Lippe	L G	1.897 1.867	1.897 1.867	2.206 2.610	2.206 2.610	2.206 4.207	2.206 4.207	116,3 225,3
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	L G	1.590 1.607	1.590 2.011	1.950 1.926	2.120 2.636	2.544 3.827	2.544 3.827	160,0 238,1
Druckindustrie Arb.: Bundesgebiet West Ang.: NRW	 L G	 1.783[6] 1.537	 1.928 2.113	 2.290 1.760	 2.410 2.410	 2.892 4.515	 2.892 4.515	 162,2 293,8
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	L G	1.690 1.590	1.709 2.043	1.844 2.088	1.878 2.573	1.954 4.095	1.987 4.095	117,6 257,5
Bekleidungsindustrie Bayern	L G	1.322[7] 1.515	1.555 2.149	1.869 1.609	1.869 2.504	2.262 2.550	2.262 3.694	171,1 243,8
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	1.600	1.600	2.188	2.376	4.083	4.083	255,2
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	L[8] G[8]	1.871[9] 1.764	1.871[9] 1.764	2.511 2.035	2.511 2.035	3.151 4.979	3.151 4.979	168,4 282,3
Großhandel NRW	L G	1.551 1.466	1.551 1.843	2.253 1.781	2.253 2.201	2.454 3.439	2.454 3.952	158,2 269,6
Einzelhandel NRW	L G	1.682 1.261	2.047 1.609	1.878 1.655	2.428 2.108	2.254 2.584	2.914 4.018	173,2 318,6
Deutsche Bahn AG Konzern[10]	E[11] E[12]	1.548 2.016	1.630 2.488	1.814 -	1.978 -	4.151 2.728	4.920 3.199	317,8 158,7
Deutsche Post AG[13]	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.908	2.358	2.234	2.657	4.719	5.828	305,5
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	L G	1.606 1.383	1.606 1.672	1.733[14] 1.573	1.733[15] 2.073	1.793[15] 2.450	1.793[15] 3.174	111,6 229,5
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.899	2.241	2.155	2.695	3.728	4.194	220,9
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	1.372[15]	1.422[16]	2.187	2.500	3.406	4.106	299,3
Hotel- und Gaststättengewerbe[16] Bayern	E	1.346	1.462	1.815	1.815	2.766	2.766	104,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Bundesgebiet West / Ang.: Berlin	L G	1.377 1.338	1.377 1.604	2.020 1.876	2.020 2.141	2.326 2.308	2.326 2.810	168,9 210,0
Öffentlicher Dienst Bund Länder Gemeinden	 E E E	 1.416 1.406 1.416	 1.579 1.571 1.579	 1.842 1.833 1.842	 2.369 2.359 2.369	 3.640 3.631 3.640	 5.119 5.109 5.384	 361,5 363,4 380,2

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten Tabelle 7a:

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
4) Neue Gehaltsordnung ab Meister und höherwertige Tätigkeiten.
5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
6) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).
7) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 % für die ersten 6 Wochen).
8) Lohn: ohne Hamburg; Gehalt Bayern: zzgl. evtl. Ausgleichsbeträge als Besitzstand.
9) Mindestlohn LGr. 1.
10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
11) Ohne Lokomotivführer.
12) Lokomotivführer.
13) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,40/9,80 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.406/1.641 € mtl.).
14) Kraftfahrer auf Basis einer 39-Stunden-Woche.
15) Einführung einer neuen unteren GehGr. A für ab 01.01.08 Neueingestellte.
16) Festbesoldetes Personal.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in ausgewählten Tarifbereichen Ost

Tarifbereich	Vergütungsart[2]	unterste Gruppe		mittlere[3] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft	L	1.206	1.206	1.375	1.375	1.792	1.792	148,6
Mecklenburg-Vorpommern	G	[4]	[4]	1.271	1.271	3.162	3.162	-
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	E	1.788	2.146	2.235	2.682	4.202	5.042	282,0
Eisen- und Stahlindustrie	L	1.505	1.505	1.844	1.844	2.266	2.266	150,6
	G	1.343	1.642	1.681	2.061	3.445	3.962	295,0
Chemische Industrie	E	2.063	2.063	2.393	2.639	4.539	4.539	220,0
Shell Deutschland Oil GmbH	E[5]	2.327	2.327	3.437	3.437	5.113	5.113	219,7
Metall- und Elektroindustrie Sachsen	E	1.887	1.887	2.246	2.246	4.155	4.155	220,2
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.566	1.566	1.860	1.860	2.937	2.937	187,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	E	1.622	1.622	1.908	1.908	3.435	3.435	211,8
Papier verarbeitende Industrie	L	1.584	1.584	1.942	2.112	2.534	2.534	160,0
Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	G	1.347	1.884	1.817	2.450	3.734	3.734	277,2
Druckindustrie	L	1.783	1.928	2.290	2.410	2.892	2.892	162,2
Ang.: ohne Berlin u. Brandenburg	G	1.515	2.063	1.782	2.546	4.515	4.515	298,0
Textilindustrie	E[5]	1.301	1.384	1.736	1.847	2.952	3.140	241,4
Süßwarenindustrie	E	1.557	1.557	2.051	2.255	4.145	4.145	266,2
Bauhauptgewerbe	L	1.602[6]	1.602[6]	2.246	2.246	2.818	2.818	175,9
(ohne Berlin Ost)	G	1.577	1.577	1.822	1.822	4.453	4.453	282,4
Großhandel	L	1.585	1.585	2.162	2.162	2.316	2.316	146,1
Sachsen-Anhalt	G	1.289	1.522	1.585	2.020	2.894	3.287	254,9
Einzelhandel Brandenburg	L	1.271	1.650	1.596	2.072	2.496	2.496	196,4
	G	1.426	1.782	1.740	2.077	2.507	3.874	271,7
Deutsche Bahn AG Konzern[7]	E[8]	1.548	1.630	1.814	1.978	4.151	4.920	317,8
	E[9]	2.016	2.488	-	-	2.728	3.199	158,7
Deutsche Post AG[10]	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.908	2.358	2.234	2.657	4.719	5.828	305,5
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen	E[11]	886	886	1.062	1.152	1.062	1.152	130,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.899	2.241	2.155	2.695	3.728	4.194	220,9
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	1.372[12]	1.422[12]	2.187	2.500	3.406	4.106	299,3
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E	1.142	1.142	1.355	1.412	1.796	1.796	157,3
Gebäudereinigerhandwerk								
Arb.: Mecklenb.-Vorp., Thüringen, Sachsen	L	1.111	1.111	1.547	1.547	1.775	1.775	159,8
Ang.: Berlin	G	1.338	1.604	1.876	2.141	2.308	2.810	210,0
Öffentlicher Dienst								
Bund,	E	1.416	1.579	1.842	2.369	3.640	5.119	361,5
Länder	E	1.406	1.571	1.833	2.359	3.358	4.726	336,1
Gemeinden	E	1.416	1.579	1.842	2.369	3.530	5.223	368,9

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
4) Nach individueller Vereinbarung.
5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
6) Mindestlohn LGr. 1.
7) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
8) Ohne Lokomotivführer.
9) Lokomotivführer.
10) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,00/9,00 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.339/1.507 € mtl.).
11) Fahrendes Personal.
12) Einführung einer neuen unteren GehGr. A für ab 01.01.08 Neueingestellte.

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden[1] in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost

Tarifbereich	1. Ausbildungsjahr €	2. Ausbildungsjahr €	3. Ausbildungsjahr €	4. Ausbildungsjahr €	Erhöhung gegenüber Dezember 2008 im 3. Ausbildungsjahr %
Landwirtschaft[2] Bayern	465/505	505/565	580/650	-	3,6/3,2
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	450	485	550	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	637	735	833	931	3,6
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	580	670	764	860	3,7
Steinkohlenbergbau Ruhr[3]	537	598	659	720	2,0
Eisen- und Stahlindustrie NRW[4], Ost	689	710	747	792	0,0
Chemische Industrie Nordrhein	739	818	899	968	3,0
Chemische Industrie Ost	731	775	820	867	5,0
Shell Deutschland Oil GmbH	828	900	988	1.074	3,4
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden[5]	810	861	937	988	4,2
Metall- und Elektroindustrie Sachsen[6]	786	831	876	921	4,3
Kfz-Gewerbe NRW[2]	468/515	494/543	544/598	599/659	0,0
Kfz-Gewerbe Thüringen	430	485	550	600	3,8
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	655	699	757	-	1,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	519	561	603	-	1,5
Papier verarbeitende Industrie Westfalen,	722	787	852	916	2,9
Sachs.-Anh., Thüringen, Sachsen	722	787	852	916	2,9
Druckindustrie	816	867	919	970	0,0
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	651	716	792	856	0,0
Textilindustrie Ost	514	556	619	676	0,0
Bekleidungsindustrie Bayern	578	631 (642)	714 (738)	-	0,0 (0,0)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	648	727	824	896	3,0
Süßwarenindustrie Ost	565	655	744	812	2,3
Bauhauptgewerbe[7] (West ohne Berlin-West)	600 (595)	922 (820)	1.164 (1.070)	1.309 (-)	2,3 (2,3)
Bauhauptgewerbe (Ost ohne Berlin-Ost)	518 (512)	711 (633)	898 (828)	1.011 (-)	2,3 (2,3)
Großhandel NRW	680	752	818	-	1,2
Großhandel Sachsen-Anhalt	605	669	710	-	2,0
Einzelhandel NRW	635	706	807	861	2,0
Einzelhandel Brandenburg	564	635	728	-	2,0
Deutsche Bahn AG Konzern[8]	671	726	780	835	2,5
Deutsche Post AG	667	742	817	-	2,9
Deutsche Telekom AG[9]	721	773	821	888	3,1
[10]	675/630	725/680	775/730	825/780	3,3/4,3
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	530	620	700	-	7,0
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen[11]	332	387	442	-	0,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	769	830	891	-	0,0
Versicherungsgewerbe	759	832	904	-	0,6
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern[2]	508/582	666	751	-	2,6
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	425	515	580	-	0,0
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West kaufm.: Berlin-West	5300(502)	635 (601)	745 (704)	-	0,0 (0,0)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Mecklenb.-Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt kaufm.: Berlin-Ost	385 (502)	460 (601)	540 (704)	-	0,0 (0,0)
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	687	736	781	843	0,0
Öffentlicher Dienst Länder	695	745	792	855	8,2

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten zu Tabelle 8

1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
5) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
6) Auszubildende in den Berufen als Former erhalten einen Zuschlag von 30,68 € mtl.
7) Für Hamburg Sonderregelung.
8) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
9) Für bis zum 28.02.07 eingestellte Ausz.
10) Für ab dem 01.03.07 eingestellte Ausz. im Cluster 1 (u.a. Fachinformatiker, IT-Systemkaufleute, Industriekaufleute) / Cluster 2 (u.a. Kaufleute im Einzelhandel, Werbekaufleute, Rechtsanwalt-Fachangestellte).
11) Eigene Berechnung.

Deutschland **Tabelle 9:**

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit[1, 2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten[3] - Anteile in % -

Wirtschaftsbereich[4]		erfasste AN insgesamt	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in %[5]										Durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
			bis zu 35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 u. mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	-	-	-	-	2,5	38,8	1,5	57,2	39,6
	W	182,8	-	-	-	-	-	-	3,9	55,8	2,4	37,9	39,4
	O	109,9	-	-	-	-	-	-	-	10,6	-	89,4	39,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	213,9	-	-	-	21,8	0,5	47,5	-	-	-	30,2	38,4
	W	167,8	-	-	-	27,8	0,6	45,2	-	-	-	26,5	38,2
	O	46,1	-	-	-	-	-	56,0	-	-	-	44,0	38,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	15,1	-	-	0,8	55,7	16,3	-	2,9	-	9,2	37,5
	W	922,7	15,3	-	-	-	63,0	17,5	-	2,5	-	1,7	37,3
	O	120,0	13,8	-	-	6,9	-	6,7	-	5,9	-	66,8	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.820,6	64,9	9,4	1,5	11,2	0,7	9,3	1,8	0,4	-	1,0	35,6
	W	4.284,4	73,0	10,2	1,7	10,8	0,3	1,9	2,0	-	-	0,1	35,4
	O	536,2	-	3,0	-	14,2	3,8	67,9	-	3,4	-	7,7	38,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.181,7	35,2	0,5	-	21,2	4,7	22,6	5,5	2,9	0,1	7,3	36,9
	W	1.027,5	40,5	0,6	-	23,6	5,5	20,5	5,9	2,6	0,1	0,8	36,6
	O	154,2	-	-	-	5,6	-	36,2	3,2	4,7	-	50,4	39,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	-	4,6	-	8,0	5,6	39,3	7,0	15,5	-	20,0	38,4
	W	499,6	-	5,6	-	9,5	6,6	46,1	7,6	16,2	-	8,4	38,1
	O	106,5	-	-	-	0,9	0,7	7,2	4,4	12,4	-	74,4	39,6
Baugewerbe	G	856,9	-	-	-	-	-	0,5	0,8	18,8	0,5	79,4	39,8
	W	654,1	-	-	-	-	-	0,6	1,1	18,8	0,5	78,9	39,8
	O	202,8	-	-	-	-	-	-	-	18,5	0,5	81,0	39,8
Handel	G	3.250,2	-	-	-	1,7	51,4	8,9	31,8	5,8	-	0,3	37,9
	W	2.802,6	-	-	-	2,0	59,7	0,4	36,6	1,3	-	0,0	37,9
	O	447,6	-	-	-	-	-	62,2	1,7	33,9	-	2,2	38,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.266,8	0,7	-	-	-	1,6	17,6	31,0	32,0	-	15,0	38,8
	W	1.051,8	0,6	-	-	-	1,8	19,6	32,8	35,3	-	7,4	38,7
	O	215,0	1,5	-	-	-	0,3	7,7	22,0	15,8	-	52,1	39,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	585,1	-	-	-	-	-	27,6	-	72,4	-	-	38,7
	W	542,2	-	-	-	-	-	27,6	-	72,4	-	-	38,7
	O	42,9	-	-	-	-	-	28,0	-	72,0	-	-	38,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.108,9	17,8	0,7	0,2	5,3	0,3	7,5	20,9	33,0	1,8	10,3	38,1
	W	2.440,9	15,9	0,8	0,2	4,4	0,4	7,8	23,7	38,2	1,4	4,9	38,1
	O	668,0	24,7	0,1	0,3	8,6	-	6,3	10,8	14,0	3,3	30,1	38,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.267,6	0,5	-	-	-	0,0	0,3	5,2	57,5	3,9	30,1	39,3
	W	1.725,3	0,6	-	-	-	0,1	0,3	6,4	72,1	5,0	15,5	39,1
	O	485,6	0,2	-	-	-	-	0,2	1,5	12,3	0,6	85,2	39,8
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.493,2**	**21,9**	**2,6**	**0,4**	**5,7**	**12,3**	**11,0**	**12,3**	**19,5**	**0,8**	**12,7**	**37,7**
	W	**16.301,7**	**25,1**	**3,0**	**0,5**	**5,9**	**14,6**	**8,2**	**13,9**	**20,4**	**0,8**	**7,2**	**37,4**
	O	**3.134,8**	**5,9**	**0,5**	**0,1**	**4,8**	**0,7**	**25,9**	**4,6**	**14,8**	**0,8**	**41,4**	**38,8**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.2009 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).
2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken erklärt sich zum einen daraus, dass die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, dass den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe addieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder mit Sonderregelung.

Tariflicher Urlaubsanspruch[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		erfasste AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubs-anspruch
			Anzahl in 1.000	%	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	24,3	27,7	26,0
	W	182,8	-	-	25,3	28,0	26,7
	O	109,9	-	-	22,5	27,3	24,9
Energie- und Wasser-versorgung, Bergbau	G	213,9	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	167,8	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	46,1	-	-	29,8	29,8	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	-	-	29,8	29,9	29,8
	W	922,7	-	-	29,9	30,0	30,0
	O	120,0	-	-	28,4	29,4	28,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.820,6	1.070,3	22,2	29,9	30,2	30,1
	W	4.284,4	1.070,3	25,0	30,0	30,2	30,1
	O	536,2	-	-	29,7	29,8	29,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.181,7	123,8	10,5	29,4	30,0	29,7
	W	1.027,5	123,8	12,0	29,6	30,2	29,9
	O	154,2	-	-	28,4	29,1	28,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	86,0	14,2	26,7	29,6	28,2
	W	499,6	83,5	16,7	27,3	30,3	28,8
	O	106,5	2,5	2,3	24,1	26,6	25,4
Baugewerbe	G	856,9	-	-	28,9	30,0	29,4
	W	654,1	-	-	28,9	30,0	29,4
	O	202,8	-	-	29,0	30,0	29,5
Handel	G	3.250,2	277,9	8,6	27,3	30,1	28,7
	W	2.802,6	277,9	9,9	27,5	30,1	28,8
	O	447,6	-	-	26,2	30,0	28,1
Verkehr und Nach-richtenübermittlung	G	1.266,8	85,2	6,7	26,5	29,7	28,1
	W	1.051,8	85,1	8,1	26,7	29,8	28,2
	O	215,0	0,1	0,0	25,5	28,9	27,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	585,1	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	542,2	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	42,9	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.108,9	173,5	5,6	25,4	29,9	27,6
	W	2.440,9	157,3	6,4	25,7	29,9	27,8
	O	668,0	16,2	2,4	24,5	29,5	27,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.267,6	52,0	2,3	26,2	30,0	28,1
	W	1.725,3	43,8	2,5	26,2	30,0	28,1
	O	485,6	8,2	1,7	26,1	30,0	28,0
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.493,2**	**1.868,7**	**9,6**	**27,9**	**30,0**	**28,9**
	W	**16.301,7**	**1.841,7**	**11,3**	**28,1**	**30,1**	**29,1**
	O	**3.134,8**	**27,0**	**0,9**	**26,6**	**29,5**	**28,1**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Tarifliche Sonderregelungen zum Urlaub, wie z. B. die Freie-Tage-Regelung in der Seeschifffahrt, bleiben bei der Berechnung des Grund- und Endurlaubs unberücksichtigt.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		erfasste AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden in Kraft zum 31.12.09	durchschnittl. mittlerer Urlaubs-anspruch in AT	Arbeitstage pro Jahr[4]	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden[5]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	39,6	26,0	222,8	1.764,9
	W	182,8	39,4	26,7	222,2	1.749,9
	O	109,9	40,0	24,9	223,8	1.790,0
Energie- und Wasser-versorgung, Bergbau	G	213,9	38,4	30,0	213,9	1.640,8
	W	167,8	38,2	30,0	212,8	1.625,2
	O	46,1	38,9	29,8	218,3	1.697,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	37,5	29,8	219,3	1.644,0
	W	922,7	37,3	30,0	219,1	1.634,1
	O	120,0	38,9	28,9	220,4	1.720,0
Investitionsgütergewerbe	G	4.820,6	35,6	30,1	219,1	1.561,9
	W	4.284,4	35,4	30,1	219,0	1.548,9
	O	536,2	38,0	29,7	219,4	1.666,2
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.181,7	36,9	29,7	219,3	1.621,0
	W	1.027,5	36,6	29,9	219,2	1.603,9
	O	154,2	39,4	28,8	220,4	1.735,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	38,4	28,2	221,0	1.697,3
	W	499,6	38,1	28,8	220,3	1.680,4
	O	106,5	39,6	25,4	224,2	1.776,7
Baugewerbe	G	856,9	39,8	29,4	220,0	1.750,2
	W	654,1	39,8	29,4	220,0	1.749,8
	O	202,8	39,8	29,5	220,0	1.751,4
Handel	G	3.250,2	37,9	28,7	221,2	1.679,1
	W	2.802,6	37,9	28,8	221,1	1.675,2
	O	447,6	38,4	28,1	221,8	1.703,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.266,8	38,8	28,1	221,0	1.709,8
	W	1.051,8	38,7	28,2	220,8	1.704,0
	O	215,0	39,3	27,2	221,9	1.736,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	585,1	38,7	30,0	218,0	1.688,4
	W	542,2	38,7	30,0	218,0	1.688,4
	O	42,9	38,7	30,0	218,0	1.688,2
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.108,9	38,1	27,6	221,5	1.686,7
	W	2.440,9	38,1	27,8	221,3	1.684,5
	O	668,0	38,2	27,0	222,1	1.694,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.267,6	39,2	28,1	219,9	1.726,3
	W	1.725,3	39,1	28,1	219,9	1.718,9
	O	485,6	39,8	28,0	219,9	1.752,3
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.493,2**	**37,7**	**28,9**	**220,1**	**1.657,8**
	W	**16.301,7**	**37,4**	**29,1**	**220,0**	**1.646,7**
	O	**3.134,8**	**38,8**	**28,1**	**221,0**	**1.715,7**

1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
4) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.
5) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$= \frac{\text{Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \times \text{tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

Tabelle 12:

Tarifliche Regelungen und Leistungen[1] in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen-arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens-wirksame Leistung in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/ Bayern	40	40	20-30	Arb.: 23-26 Ang: 25-30	5,15 €/UT	7,50 €/UT	256 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr	Arb.: 250 €	-	-
Energie- und Versorgungs-wirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	38	38	30	30	-	-	100	50-100[2]	-	-
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	35	35	30	30	-	-	110	110	26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88
Shell Deutschland Oil GmbH	37,5	37,5	30	30	1.050 €	1.050 €	122,5	122,5	[3]	
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55	-	-
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30	50 % UE	50 % UE	20-50	20-50	-	26,59
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	95	95	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	50 % des Tagesv./UT	50 % des Tagesv./UT	95	95	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	270 €	638 €	60	100	-	20
Süßwarenindustrie	39	38	26-29	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100	-	26,59 (B.-Württ.)
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	- -	Arb.: 93 GTL Ang.: 55	- -	Arb.: 0,13 €/ Std. [4] Ang.: 23,52 €[5]
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	332,34/ 409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59
Einzelhandel Ost/ Berlin-West	38[6]	37	25-30	25-30	45 %[7] ME[8]	50 % ME[8]	50[9]	62,5	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern[10]	39	39	25-29	25-29	409,03 €	409,03 €	100	100	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100[11]	100[11]	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	-	-	variabel[12]	variabel[12]	6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30[13]	27-30[14]	-	17 €/UT	400 €	176 - 699 € (W-Geld)	13,29	13,29-39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	-	-	100	100	40	40
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	38	38	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	4,98 - 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50	-	19,94

Fortsetzung Tabelle 12:

Tarifliche Regelungen und Leistungen[1] in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen-arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens-wirksame Leistung in in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30[15] Ang.: 30	Arb.: 28-30[15] Ang.: 30	Arb.: 1,85 TStdL/UT[16] Ang.: 32 % UE	Arb.: 1,85 TStdL/UT[16] Ang.: 32 % UE	Arb.: - Ang.: 45 - 60 TStdE	Arb.: - Ang.: 45 - 60 TStdE	-	-
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	39	26-30	26-30	-	-	45-67,5 jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)	60-90	6,65	6,65

1) Regelungen gelten nicht automatisch auch für Auszubildende.
2) Zahlung einer 14. Verg. mit Garantiebetrag von 1.000/500 € für AN, die am 30.06.06 in einem Arbeitsverhältnis standen/für ab dem 01.07.06 neu eingestellte AN. Weitere Ausgestaltung obliegt den Betriebsparteien (dabei Veränderung des Gesamtbetrages für neu eingestellte AN möglich).
3) Betriebliche Vermögensbildung durch unentgeltliche Royal-Dutch-Aktien.
4) Bei AN-Eigenleistung von 0,02 €/Std.
5) Bei AN-Eigenleistung von 3,07 €/Mon.
6) Mecklenburg-Vorpommern: 39.
7) Mecklenburg-Vorpommern: 50 %.
8) Berechnungsgrundlage: Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar.
9) Berlin-Ost: 52,5 %.
10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne abweichende Regelungen für Lokomotivführer.
11) Abweichende Regelungen für vor dem 01.09.03 begründete Arbeitsverhältnisse.
12) In Abhängigkeit von leistungs- und ergebnisbezogenen Größen.
13) In Betrieben mit über 30 AN.
14) Abweichende Regelungen für vor dem 01.03.07 begründete Arbeitsverhältnisse.
15) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.
16) Tarifliche Stundenlöhne/Urlaubstag nach 6 Mon. BZ.

Tarifliche Niedriglöhne West

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung[1] in €	Stundenvergütung in €
Bote, Page	Hotels u. Gaststätten Saarland	E 1	1.143	6,61
Verkäuferin (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Saarland	k. A.	1.209	6,99
Arbeiter (Grundkenntnisse und -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Nordrhein	L 1	1.258	7,23
Friseurin ("Erste Kraft")	Friseurhandwerk Pfalz	VI	1.312	8,15
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Konditorenhandwerk Hamburg	k. A.	1.315	7,87
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte NRW	II	1.333	7,98
Floristin (3. Jahr)[2]	Florist-Fachbetriebe West	A 2	1.347	7,97
Gebäudeinnenreinigerin	Gebäudereinigerhandwerk West	L 1	1.377	8,15
Filmvorführerin (bis 3 Berufsj.)	Filmtheater West (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.472	8,92
Verkäuferin (2. Berufsjahr)	Einzelhandel Niedersachsen	G II	1.486	9,12
Fischverpackerin	Fisch- u. Geflügelwirt. Cuxhaven	L 1	1.492	9,04
Sachbearbeitung Ein- u. Verkauf (bis 23. Lj.)	Schuhindustrie Niedersachsen, Bremen, NRW	G K3	1.635	9,67
Automobilverkäuferin (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Pfalz	K III	1.651	10,54
Nähen an Nähmaschinen oder Handnäharbeiten	Bekleidungsindustrie Bayern o. Unterfranken	L IV	1.666	10,41
Industriekaufmann/-frau (1. Tj.)	Papierverarb. Ind. Rhl.-Pfalz u. Saar	G 3	1.693	11,14
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie NRW	L 6	1.844	12,13

1) Beträge ggf. gerundet.
2) Für vor dem 01.09.09 bestehende Arbeitsverhältnisse.

Tarifliche Niedriglöhne Ost

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung[1] in €	Stundenvergütung in €
FriseurIn (im 1. Bj. n. abgeschl. Ausbildung)	Friseurhandwerk Sachsen	I	615	3,82
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	16	863[2]	4,98[2]
Hoteldiener, Bellboy	Hotels u. Gaststätten Mecklenburg-Vorpommern	1	932	5,39
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe Sachsen-Anhalt	A 2	959	5,39
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Sachsen	I/2	1.082	6,25
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt	L 1	1.111	6,58
Arbeiter (Grundkenntnisse u. -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Sachsen	L 1	1.131	6,50
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	5	1.185[3]	6,85[3]
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	II	1.342	8,04
AutomobilverkäuferIn (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Mecklenburg-Vorpommern	G3	1.406	8,62
FilmvorführerIn (bis 3 Berufsj.)	Filmtheater Ost (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.472	8,92
VerkäuferIn (1. Tätigkeitsjahr)	Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern	G2	1.509	8,93
Sachbearbeitung Ein- und Verkauf (bis 23. Lebensjahr)	Schuhindustrie Ost	G K3	1.635	9,68
kaufmännische/r Angestellte/r (1. Tätigkeitsjahr)	Papierverarbeit. Industrie Sachsen, S.-Anhalt, Thüringen	G 3	1.817	11,36
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie Ost	L 6	1.844	12,13

1) Beträge ggf. gerundet.
2) 1.088 €/Mon. bzw. 6,29 €/Std. ab 01.01.10.
3) 1.256 €/Mon. bzw. 7,26 €/Std. ab 01.01.10.

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz – in Euro/Stunde –

Branche	Beschäftigten- bzw. Entgeltgruppe	Januar 2010	nächste Stufe
Abfallwirtschaft	Mindestlohn	8,02	
Bauhauptgewerbe			ab 09/2010:
West	Werker	10,80	10,90
	Fachwerker	12,90	12,95
		Berlin: 12,75	Berlin: 12,75
Ost	Werker	9,25	9,50
Bergbauspezialarbeiten			
	Mindestlohn I	11,17	
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	12,41	
Briefdienstleistungen	Briefzusteller	9,80	
West und Ost	sonstige Tätigkeiten	8,40	
Dachdeckerhandwerk			
West und Ost	Mindestlohn	10,60*	
Elektrohandwerk (Montage)			
West	Mindestentgelt	9,60	
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	8,20	
Gebäudereinigerhandwerk*			ab 01/2011:
West inkl. Berlin	Innen- und Unterhaltsreinigung	8,40	8,55
	Glas-, Fassaden- u. Verkehrs-anlagenreinigung	11,13	11,33
Ost	Innen- und Unterhaltsreinigung	6,83	7,00
	Glas-, Fassaden- u. Verkehrs-anlagenreinigung	8,66	8,88
Maler- und Lackierhandwerk			ab 09/2010:
West	ungelernter AN	9,50	9,50
	Geselle	11,25	11,50
Ost	ungelernter AN	9,50	9,50
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft			ab 04/2010:
West	Mindestlohn	7,51	7,65
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	6,36	6,50
2009 neu in AEntG aufgenommene Branchen, aber noch nicht für allgemeinverbindlich erklärt			
Berufliche Weiterbildung			
West	Verwaltungsangestellte/r	10,71	
Ost	Verwaltungsangestellte/r	9,53	
West	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28	
Ost	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	10,93	
West/Ost	übrige AN	7,60	
Wach- u. Sicherheitsgewerbe	Mindestlohn	6,00-8,32	

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2009

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2009 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2009, die bereits in den Tarifrunden 2007/2008 vereinbart wurden.

Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken), 258 500 Ang. (ver.di)

- *Gehalt*: nach 4 Nullmonaten (Juli bis Oktober 2008) 2,5 % ab 01.11.08, 200 € zusätzliche Einmalzahlung im Februar 2010, Laufzeit bis 30.04.10.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: Verlängerung der Öffnungsklausel zur Beschäftigungssicherung (Verkürzung der AZ auf bis zu 31 Std./W.) bis 31.12.10; Verlängerung des Altersteilzeit-TV und der Rahmenregelung zu Langzeitkonten bis 30.04.10.
- *Sonstiges*: Verhandlungen zum Rationalisierungsschutz in 2009.

Bauhauptgewerbe, 561 900 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: 60 € Pauschale insg. für April und Mai; *West:* 2,3 % ab 01.06.09, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.04.10; *Ost:* Erhöhung um den gleichen Cent-Betrag wie im Westen, Laufzeit jew. bis 31.03.11. Verringerung der Absenkungsmöglichkeiten in den Lohn-TVen West und Ost bzw. im Standortsicherungs-TV Berlin von 8 auf 6 % ab 01.06.09. Neustrukturierung der Löhne im feuerungstechnischen Gewerbe.
- *Mindestlöhne: West und Berlin:* LGr. 1 von 10,70 auf 10,80/10,90/11,00 €/Std.; *West:* LGr. 2 von 12,85 €/Std. auf 12,90/12,95/13,00 €/Std. jew. ab 01.09.09/01.09.10/01.07.11; *Berlin:* LGr. 2 von 12,70 auf 12,75/12,85 €/Std. ab 01.09.09/01.07.11; *Ost:* LGr. 1 von 9,00 auf 9,25/9,50/9,75 €/Std. ab 01.09.09/01.09.10/01.07.11, Wegfall der LGr. 2 als Mindest-LGr., Laufzeit jew. bis 30.11.11.
- *Sonstiges*: Zur Angleichung der Löhne/Gehälter an das Bundesgebiet West Einsetzung einer technischen Kommission zur Entwicklung einer neuen Tarifstruktur als verbindliche Grundlage für die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen in den nächsten 2 Jahren.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 520 500 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: 3,3 % Stufenerhöhung für 12 Monate, regional unterschiedlich ab 01.04., 01.05. oder 01.06.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.03., 30.04. und 31.05.10.
- *Sonstiges:* Konkretisierung der Ausbildungsplatzzahlen im TV „Zukunft durch Ausbildung“ auf insgesamt 16 800 Ausbildungsplätze für 2009 und 2010; Verpflichtung zur Vertragsverlängerung über 2010 hinaus.

Ost, 38 600 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* Abschluss wie West, als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West weitere Stufenerhöhung von 1,98 % sowie Anhebung der Endstufen der Gr. E 5 bis E 8 zwischen 0,6 und 2,6 % jew. ab 01.10.09.
- *Sonstiges:* jew. 700 Ausbildungsplätze in den Jahren 2008 und 2009.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service, 134 000 AN (Transnet)

- *Entgelt:* 2,5 % ab 01.02.09, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.10, 500 € zusätzliche Einmalzahlung im Dezember 2009, Laufzeit bis 31.07.10.
- *Arbeitszeit*: Regelungen zur Verbesserung, z. B. Garantie von 12 freien Wochenenden/J., bessere Planbarkeit der Arbeitsschichten.
- *Sonstiges*: Abschluss eines Nachwuchskräfte-TV, Regelungen zum Jobticket.

Deutsche Post AG, 128 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09 aus Abschluss 2008, Verlängerung der Laufzeit bis 31.12.11, 320 € Einmalzahlung im März 2011.
- *Arbeitszeit:* Erhalt der 38,5 Std.-Woche, Verlängerung der Außerkraftsetzung der Freistellung für Arbeit am 24. und 31.12.
- *Sonstiges:* Aussetzen des MA-Zuschlags für *ZustellerInnen* vom 01.01.10 bis 30.06.11; Wiederinkraftsetzung des Ratio-TV, Aufnahme des Ausschlusses rationalisierungsbedingter betrieblicher Änderungskündigungen (o. Nachwirkung); Verlängerung der Regelungen zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, zur Übernahme von zusätzlichen Leistungen für ZustellerInnen, zum Ausschluss der Fremdvergabe von Brief-Zustellbezirken; Ausweitung möglicher Fremdvergabe in der Paket-Zustellung auf max. 990 Bezirke, Laufzeit jew. bis 31.12.11.

Deutsche Telekom AG, 9 500 AN (ver.di)
Schlichtungsergebnis

- *Entgelt:* 3,0 % ab 01.01.09, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.12.10.
- *Sonstiges:* unveränderte Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31.12.10.

Druckindustrie, 170 900 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 280 € Pauschale insg. für April 2009 bis März 2010, 2,0 % ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11.
- *Sonstiges*: Verlängerung des MTV bis 31.12.10.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 441 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 4 Nullmonaten (Mai bis August), 2,0 % ab 01.09.09, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.10, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2010, Laufzeit bis 30.04.11.
- *Sonstiges:* 150 € in 2011 wahlweise zur Altersvorsorge, als Wertguthaben auf einem Langzeitkonto oder als Warengutschein.

Alle Ost-Bereiche, 295 200 Arb./Ang. (ver.di)
Regional unterschiedlich:

- *Lohn und Gehalt:* nach 4 Nullmonaten (Mai/Juli bis August/Oktober), 2,0 % ab 01.09./01.11.09, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09./01.11.10, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April/Juni 2010 (Sachsen-Anhalt abweichend 110 € im Juni 2010); *Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen*: Angleichung der TV-Laufzeiten; Laufzeit bis 31.05./30.06.10
- *Sonstiges:* analog Nordrhein-Westfalen.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen,
94 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 350 € Pauschale insg. für April bis Dezember, 2,0 % ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.08.10.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: Neufassung des TV zur Beschäftigungssicherung und zur Einführung von AZ-Konten, u.a.: zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen Möglichkeit zur betrieblichen AZ-Verkürzung von unter 35 bis zu 28 Std./W., nach AZV gestaffelte Mehrvergütung bis zum 1,75-fachen eines Stundenlohnes; Übernahme Ausgebildeter für 24 Mon. für mind. 28 Std./W., Laufzeit bis 31.12.11.
  Verlängerung des TV zur Altersteilzeit über den 31.12.09 hinaus.

Bundesgebiet Ost, 16 500 Arb./Ang.
Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Sonstiges: analog West-Abschluss.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 8 500 AN (IG BCE/ver.di)
- *Entgelt*: 3,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 30.06.10.

Ost (AVEU), 18 000 AN (IG BCE/ver.di)
- *Entgelt*: 100 € Pauschale für Mai, 3,62 % ab 01.06.09, Laufzeit bis 30.06.10.

Gebäudereinigerhandwerk, 373 800 Arb./Ang. (IG BAU)
- *Lohn:* nach 3 Nullmonaten (Oktober bis Dezember) *West, Berlin-Ost:* 3,1 % ab 01.01.10, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, *Ost:* einheitliche Tabelle (3,8 - 6,2 % regional unterschiedlich), 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, (Mindestlohn/Std.: *Innen- und Unterhaltsreinigung West, Berlin-Ost/Ost:* 8,40/6,83 € ab 01.01.10, 8,55/7,00 € ab 01.01.11, *Glas- und Fassadenreinigung, Reinigung von Verkehrsanlagen West, Berlin-Ost/Ost:* 11,13/8,66 € ab 01.01.10, 11,33/8,88 € ab 01.01.11) Laufzeit bis 31.12.11.
- *Gehalt:* Vereinbarung der TV-Parteien zur Aufnahme von Verhandlungen im Januar 2010.
- *Sonstiges:* Erstabschluss eines TV zur Regelung der tariflichen Zusatzrente.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 300 500 Arb./Ang. (ver.di)
- *Lohn und Gehalt:* nach 5 Nullmonaten (Mai bis September) 2,0 % ab 01.10.09, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.06.10, zusätzliche Einmalzahlung für die unteren bzw. mittleren Vergütungsgruppen von 125 € (G1/G2/L1/L2) bzw. 60 € (G3/L3) zum 01.09.10, Laufzeit bis 30.04.11; Möglichkeit zur Verschiebung der Erhöhungen für Betriebe, die Kurzarbeit angemeldet haben, Verpflichtung zur Zahlung zum Ende der TV-Laufzeit.

Sachsen-Anhalt, 15 200 Arb./Ang. (ver.di)
- *Lohn und Gehalt:* analog Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 46 700 Arb./Ang. (IGM)
- *Lohn und Gehalt:* je 40 € von Mai 2009 bis Februar 2010, 1,5 % ab 01.11.09, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.11.10, Laufzeit bis 30.04.11.

Sachsen, 11 200 AN (IGM)
- *Entgelt:* analog Westfalen-Lippe.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 115 200 AN (NGG)
- *Entgelt:* 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 30.09.10.

Sachsen, 30 300 AN (NGG)
- *Entgelt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.10.

Kfz-Gewerbe Hessen, 28 500 AN (IGM/ver.di)
- *Entgelt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 30.04.10.

Thüringen, 10 400 AN (IGM)
- *Entgelt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.12.09.

Landwirtschaft Bayern, 11 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.03.10 (Lohn) bzw. 31.12.10 (Gehalt).

Mecklenburg-Vorpommern, 15 400 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.03.10.

Metallindustrie, 3 351 400 Arb./Ang./AN (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Entgelt:* 2,1 % ab 01.02.09, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.09, 122 € zusätzliche Einmalzahlung im September 2009; Verschiebung der Stufenerhöhung um bis zu 7 Mon. sowie entsprechende Kürzung der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch BV möglich; jew. 0,4 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Januar bis April 2010 zur Finanzierung des AN-Beitrags zur Altersteilzeit; jew. aus Abschluss 2008; Laufzeit bis 30.04.10.
- *Sonstiges: Niedersachsen, Osnabrück-Emsland, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt:* Vereinbarung zu Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung; *Bayern:* Beschäftigungssicherung für Ausgebildete mit Abschluss in 2009/2010, TV zum Erhalt des Ausbildungsplatzniveaus sowie zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Ausbildungsjahr 2010/2011; *Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland*: Verlängerung des TV zur Beschäftigungssicherung bis 31.12.10.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 247 100 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 sowie 225 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2009 jew. aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.09.

Abweichende Regelungen für die Bereiche kommunale Krankenhäuser und Versorgung (TV-V).

Länder (ohne Hessen und Berlin), 601 200 (ver.di)

- *Entgelt*: 40 € Pauschale insg. für Januar und Februar, 40 € Sockelbetrag sowie 3,0 % ab 01.03.09, 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10, Laufzeit bis 31.12.10; Wegfall des Leistungsentgelts.
- *Sonstiges*: Übernahme der Vereinbarungen zum Überleitungsrecht von Bund und Gemeinden; nach den Sommerferien unverzügliche Verhandlungsaufnahme zur Entgeltordnung; Absichtserklärung zur Übernahme Ausgebildeter für 12 Monate, sofern nicht über Bedarf ausgebildet wurde; Maßregelungsklausel.

Land Berlin, 56 700 Arb./Ang. (ver.di, GdP, GEW, IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: 65 € Festbetrag für alle Gruppen ab 01.06.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.09.

Land Hessen, 33 100 Arb./Ang. (AN ab 01.01.10) (ver.di)

- *Entgelt*: nach 3 Nullmonaten (Januar bis März) 3,0 % ab 01.04.09, 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10, 500 € zusätzliche Einmalzahlung im Juni 2009, Laufzeit bis 31.12.10.
- *Arbeitszeit, Sonderzahlung, Zulagen, Sonstiges*: einheitliches Tarifrecht (TV-H) für Arb./Ang. ab 01.01.10 mit u.a. folgenden Regelungen: von 38,5 auf 40 Std./W. (Ausnahmen für bestimmte Beschäftigtengruppen), dafür in 2010/2011 jew. 3 freie AT; Zusammenführung von U- und W-Geld zu einer SZ von 90/60 % eines ME in den EntgGr. 1-8/9-15; Fortführung der kinderbezogenen Entgeltbestandteile; Vereinbarungen zum Abschluss eines TV Entgeltumwandlung; Abschluss eines TV alternierende Telearbeit; Vereinbarung eines Überleitungs- und Übergangsrechts bis Ende 2009; nach Inkrafttre-

ten des TV-H Aufnahme von Verhandlungen für besondere Berufsgruppen, zum Leistungsentgelt, zu einer Entgeltordnung; Maßregelungsklausel. Daraufhinwirken der TV-Parteien zur befristeten Übernahme Ausgebildeter für 12 Mon., gilt nicht bei Ausbildung über den Bedarf hinaus.

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 75 400 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.05.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 30.04.10.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 148 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 12 Nullmonaten (Mai 2008 bis April 2009) 2,0 % ab 01.05.09 (ohne Kraftfahrer), 2,5 % Stufenerhöhung (*Kraftfahrer*: 1,5 %) ab 01.05.10, Laufzeit bis 30.11.10.
- *Sonstiges*: Verlängerung des MTV bis 31.12.11, für *Kraftfahrer* ab 3. J. BZ Übernahme von Kosten durch den AG u. a. für Gesundheitsuntersuchung, Schulung; 1 Tag/J. bezahlte Freistellung zur Weiterbildung.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 32 700 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.10.

Süßwarenindustrie Baden-Württemberg, 4 000 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Juli und August) 3,0 % ab 01.09.09, 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.10, Laufzeit bis 30.06.11.

Ost, 7 700 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.09.

Textil- und Bekleidungsindustrie, West, 93 100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: nach 2 Nullmonaten (März und April), 340 € Pauschale insg. für Mai bis Dezember, 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.01.10, 99 € zusätzliche Einmalzahlung im Februar 2011, Möglichkeit zur Verschiebung oder Kürzung der Pauschale bzw. Verschiebung der prozentualen Erhöhung ganz oder teilweise bis 31.12.10 durch BV möglich, Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung als Voraussetzung, Laufzeit bis 28.02.11.

Textilindustrie Ost, 12 100 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai) jew. 42,50 € Pauschale für Juni 2009 bis Januar 2010, 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.02.10, 99 € zusätzliche Einmalzahlung im März 2011, ganz oder teilweise Aussetzung der Pauschale und prozentualen Erhöhung aus wirtschaftlichen Gründen durch BV zur Beschäftigungssicherung sowie Verdoppelung der Einmalzahlungen möglich, Laufzeit bis 31.03.11.
- *Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV bis 31.12.09; Einigung der TV-Parteien zur Erarbeitung einer neuen Vereinbarung zum Altersausstieg bis 31.10.09; Appell der Tarifparteien zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen auch über den eigenen Bedarf hinaus sowie zur Übernahme Ausgebildeter.

Versicherungsgewerbe (Innendienst), 161 500 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.09.09. 250 € Pauschale insg. für Oktober 2009 bis März 2010, 2,5 % ab 01.04.10 (5,0 % für die unteren Gr. A und B), Laufzeit bis 31.03.11.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: Verlängerung des Altersteilzeit-TV und des TV zur AZ-Flexibilisierung (AZ-Korridor) bis 30.06.11. Kündigungsausschluss für den Ratio-TV bis 31.12.10.

Aktuelle Publikationen

neu

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hrsg.)
Zukunft der Tarifautonomie
60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick
VSA-Verlag, ISBN: 978-3-89965-375-5
216 Seiten **16,80 €** (Bestellung **nur** über Buchhandel)

neu

Tarifpolitischer Jahresbericht 2009
Tarifverdienste trotz Krise mit kräftigem Plus –
Effektivverdienste erneut im Minus
Düsseldorf, Januar 2010
56 Seiten,**10 €**

neu

Tarifpolitik 2009 auf einen Blick
Pressemeldungen des Jahres 2009 sowie
eine Übersicht über Berichte und Analysen des
WSI-Tarifarchivs, Dezember 2009
67 Seiten, kostenlos

Tarifliche Regelungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung
Eine Untersuchung von Tarifverträgen in
26 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 67
Düsseldorf, Juni 2009
56 Seiten, **8** €

Tarifliche Regelungen zur Kurzarbeit
Übersicht über 18 Wirtschaftszweige
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 66
Düsseldorf, Februar 2009
40 Seiten, **8** €

Arbeitszeitkalender 2008
Entwicklung der Wochenarbeitszeiten seit Einführung
der 40-Stunden-Woche
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 65
Düsseldorf, August 2008
44 Seiten, **8 €**

www.tarifrunde-2010.de
Aktuelle Informationen zur Tarifrunde

zu bestellen bei: WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250
E-Mail: Baerbel-Kirchner@wsi.de

Schwerpunktthema:

20 Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland

WSI-Tarifhandbuch 2010

- Tarifabschlüsse 2009/2010
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- **Schwerpunktthema: "20 Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Einführung in das Tarifsystem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 150 Fachbegriffen

Erscheint Ende April 2010 - jetzt vorbestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

.....Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2010**
Frankfurt, Bund Verlag
ca. 280 Seiten, ca. 19,--* €
zzgl. Versand

Name:.....

Anschrift:.....

.....

.....

Datum/Unterschrift: .....

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 % Rabatt